

DIE WIENER POLIZEI



WIENER POLIZEI IM EINSATZ:

DEMOS & AUFMÄRSCHCHE

SERIE ÜBER WIENS KRIMINALISTEN: DIE „TÜCHLER-PARTIE“ BEKÄMPFTE DIEBSTAHL & EINBRUCH

WASSERPOLIZEI:

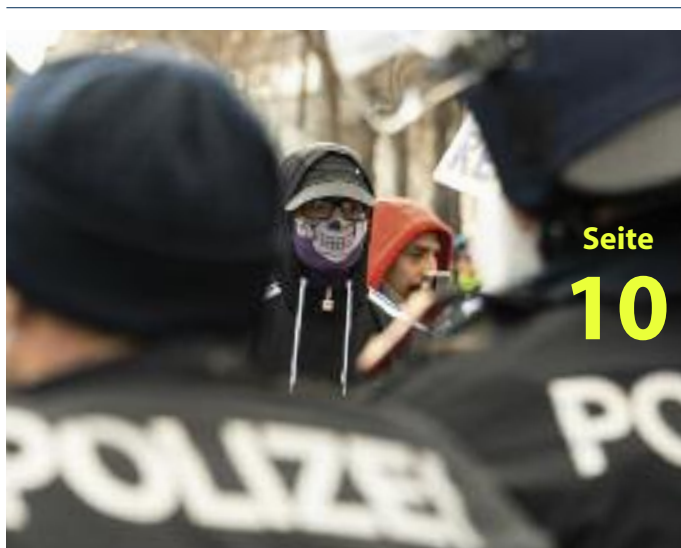
FLIR-Wärmebildkameras bringen Durchblick auf dem Wasser bei Nebel, Starkregen und Schneefall

FALSCHER KRIPO:

Betrüger locken als falsche Kriminalpolizisten älteren Menschen immer öfter Tausende von Euros heraus

ONLINE-ANZEIGEN:

Die Wiener Polizei bietet die Möglichkeit, Diebstahlsanzeigen per Maus & Tastatur zu erstatten



DEMONSTRATIONEN:

Seit Anfang 2021 gehen Menschen auf die Straße, um gegen Anti-Corona-Maßnahmen zu demonstrieren. Die Einsätze dabei sind eine enorme Belastung für die Polizistinnen und Polizisten.



WASSERPOLIZEI:

Die Polizeiinspektion Handelskai wurde mit FLIR-Wärmebildkameras ausgestattet. Sie werden auf den Booten der Wasserpolizei eingesetzt. Damit sind Einsätze bei Bodennebel, starkem Regen und Schneefall vom Wasser aus möglich.



ONLINE-RECRUITING-DAY:

Ein Image-Video, eine Power-Point-Präsentation und Fragen der Teilnehmenden: Der Recruiting-Day der Wiener Polizei wurde heuer auf Facebook live abgehalten – mit Erfolg.

INTERN

- 4 Editorial

MAGAZIN

- 7 Polizeiinspektion Praterstern, Polizeidiensthundeeinheit, Kooperation mit Wiener Linien
- 8 Polizeiseelsorge: Christus ist auferstanden
- 9 **MENSCHLICH:** „Richtiges“ Lob ist wichtig

DEMOS GEGEN DAS KRISENMANAGEMENT

- 10 Demos und Aufmärsche gegen die Anti-Corona-Maßnahmen: Die Polizei zwischen Eindämmung der Corona-Pandemie und Versammlungsrecht

TERROREINSATZ, 2. NOVEMBER 2020

- 18 Der Einsatz am Abend des 2. November 2020 vom Kommandoraum am Wiener Schottenring aus betrachtet: überblicken und handeln

POLIZEI IN WIEN

- 22 Durchblick am Boot: Die Wiener Wasserpolizei erhielt FLIR-Wärmebildkameras für Einsätze bei Nebel, starkem Regen und Schneefall
- 24 Falsche Kollegen: Immer öfter geben sich Betrüger als Kriminalbeamte aus – und locken ihren Opfern Tausende Euros heraus
- 28 Einsatztraining, Einsatztaktik und Übungsschießen finden künftig im Einsatztrainingszentrum (ETZ) Wien-Süßenbrunn statt
- 30 Online-Recruiting-Day der Wiener Polizei: Bedingt durch die Corona-Pandemie, verlegten die Polizei-Recruiter ihre Aktivitäten ins Netz
- 33 Anzeige per Maus und Tastatur: Die Wiener Polizei bietet die Online-Diebstahlsanzeige seit Längerem an; jetzt gibt es sie in ganz Österreich
- 37 Pandemie, Terror und Stress belasten Polizistinnen und Polizisten; bei der Mitarbeiterbetreuung können sie ihre Sorgen loswerden
- 42 Mobile Polizeikommunikation: Mit einigen Smartphone-Apps können Polizistinnen und Polizisten den Außendienst besser bewältigen

POLIZEIGESCHICHTE

- 46 Die erfolgreichsten Kriminalisten Wiens (Teil 14): Der Kriminalbeamte Hans Tüchler jagte höchst erfolgreich Diebe & Einbrecher in den 1930ern

BÜCHER

- 49 „Die unsichtbare Macht des Vertrauens“; „Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland“

SCHLUSSLICHT

- 42 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**



Den Satz „Die Corona-Pandemie bedeutet für mich...“ wird wohl kaum jemand positiv beenden können. Mit den Fortschritten beim Impfen und Testen ist aber Licht am Ende des Tunnels absehbar. Deswegen gilt es gerade jetzt, sich an die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus zu halten und im tagtäglichen Vollzug jenen entgegenzutreten, die trotz Aufklärung offensichtlich die zum Wohle aller verordneten Gesundheitsmaßnahmen nicht akzeptieren, auch wenn manche dieser Menschen vielleicht bloß von kursierenden Falschmeldungen irregeführt sind.

20.000 Menschen sind Anfang März einem Demoaufruf gefolgt, um sich hauptsächlich gegen jene Maßnahmen auszusprechen. Dabei kam es zu gewaltsamen Übergriffen und erheblichen Ausschreitungen, außerdem wurden Abstands- und Maskenpflichtregeln nicht eingehalten und die Lautsprecherdurchsagen der Kolleginnen und Kollegen nicht beachtet. Wie bei jedem polizeilichen Einsatz wurde nach der 3D-Strategie gehandelt. Diese beinhaltet Dialog, Deeskalation und wenn das alles nicht funktioniert – Durchgreifen. Ziel war es, jede Art der Eskalation zu vermeiden, aber möglichst konsequent gegen Personen vorzugehen, die gegen die Corona-Maßnahmen verstoßen. Unsere 1.500 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen brachten 3.000 bis 4.000 Verwaltungsübertretungen zur Anzeige, unter anderem wegen Verletzung der Maskenpflicht. Es gab außerdem 42 Festnahmen wegen strafrechtlich relevanter Delikte. Besorgniserregend ist vor allem, dass sich der Unmut der teilnehmenden Personen vermehrt auch gegen die Einsatzkräfte richtete, somit gegen jene, die täglich im Einsatz für die Sicherheit in Österreich stehen.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Nur gemeinsam können wir es durch diese Krise schaffen und nur eine Gesellschaft, die sich nicht spalten lässt, ist stark genug auch die Nachwirkungen auszukurieren. Deswegen mein Appell an Sie alle: Haben Sie stets ein offenes Ohr für andere, zögern Sie aber nicht, offenkundigen Missständen entgegenzutreten und auch im Kollegenkreis stets auf die Einhaltung der internen Schutzmaßnahmen zu drängen.

Danke für Ihren Einsatz!

Bleiben Sie gesund und sicher!

*Dr. Gerhard Pürstl
Landespolizeipräsident*

DIE POLIZEI IN WIEN



Besuch der PI am Praterstern: Polizeipräsident Gerhard Pürstl, Bürgermeister Michael Ludwig, Stadträtin Ulli Sima, ÖBB-Chef Andreas Matthä, Innenminister Karl Nehammer

POLIZEIINSPEKTION PRATERSTERN

Mehr als 150.000 Personen täglich frequentieren den Bahnhof Praterstern, den stärkste Nahverkehrsknotenpunkt in Wien. Nach 15 Monaten Bauzeit wurde die 900 m² große Erweiterung des ÖBB-Bahnhofsgebäudes fertiggestellt.

Die Polizeiinspektion am Praterstern spielte schon vor dem Umbau eine Schlüsselrolle in der Bekämpfung und Aufklärung strafbarer Handlungen. Sie ist eingebettet in das größte Vergnügungsgelände Österreichs, umgeben von zwei der größten öffentlichen Verkehrsknotenpunkte und geprägt von ihrer Nähe zur Messe Wien.

Mit dem Ausbau der Nutzfläche auf 650 m² und der Verbesserung der poli-

zeispezifischen Ausstattung wurde nun auf die zunehmenden polizeilichen Anforderungen reagiert.

Eine moderne Infrastruktur, die Platz für 63 Polizistinnen und Polizisten bietet, garantiert Schutz für die Bürgerinnen und Bürger und ein rasches Eingreifen zu jeder Tageszeit. „Die Rückkehr direkt an den Ort des Geschehens durch die Errichtung einer neuen Polizeiinspektion ist nicht nur von strategischer, polizeilicher Bedeutung, sondern stellt auch einen wichtigen Sicherheitsaspekt für die Bevölkerung dar“, betont Landespolizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl.

NEUE ANLAGE FÜR POLIZEIDIENSTHUNDEFÜHRER

Am 19. März 2021 wurde auf dem Gelände der Polizeidiensthundeeinheit Wien (PDHE) in Wien-Strebersdorf die neue Zentralwingeranlage für Polizeidiensthunde eröffnet sowie das neue Verwaltungsgebäude für das Bundesausbildungszentrum für Polizeidiensthundeführerinnen und -führer.



WIENER LINIEN

VEREINBARUNG

Seit vielen Jahren arbeiten die Kolleginnen und Kollegen der Wiener Polizei und *Wiener Linien* zusammen, um bei Großveranstaltungen, Konzerten, Sportveranstaltungen, Demonstrationen und Krisen den Verkehr abzuwickeln und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu



Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl und Alexandra Reinagl, Wiener-Linien

gewährleisten. Mit der Vereinbarung **GEMEINSAM.SICHER** wurde die Zusammenarbeit verschriftlicht.

Vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Wissensaustausches zwischen der Wiener Polizei und den *Wiener Linien* geht es in dieser Vereinbarung vor allem darum, einen reibungslosen Ablauf bei Großveranstaltungen zu gewährleisten, Kriminalität vorzubeugen und zur Aufklärung von strafbaren Handlungen beizutragen. Nicht zuletzt dadurch erhöht sich das Sicherheitsgefühl bei den Fahrgästen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der *Wiener Linien*.

Einen weiteren wichtigen Punkt bildet der Zugriff und Umgang der Beamtinnen und Beamten mit Bildern aus den Überwachungskameras der *Wiener Linien*. Diese werden ausschließlich nach Anforderung durch die Wiener Polizei bei den *Wiener Linien* ausgewertet. Sollte es zu einer Krisensituation kommen, können auch Live-Bilder zur Verfügung gestellt werden.



SEELSORGE

CHRISTUS IST AUFERSTANDEN

„Christus ist auferstanden!“ Antwort:
„Er ist wahrhaft auferstanden!“

So lautet der Ostergruß unter den Christen, die der ostkirchlichen Tradition angehören. Dieser Gruß will deutlich machen, worauf es beim Osterfest ankommt: Der Herr ist wirklich auferstanden, er lebt und ist einigen Menschen – zuerst den Frauen – leibhaftig erschienen. Die Zeugnisse von den Begegnungen mit dem Auferstandenen und die Hoffnung, dass auch wir nach unserem irdischen Tod auferstehen werden – das ist der Kern der Osterbotschaft, ja unseres christlichen Glaubens. Millionen Menschen auf der ganzen Welt haben

durch zwei Jahrtausende hindurch in dieser Botschaft Hoffnung, Trost und den Sinn ihres Lebens gefunden.

Schön und gut, aber was hat das mit mir, mit meinem konkreten Leben hier und heute zu tun? Ich stehe mitten im Leben, ich denke nicht ans Sterben und auch (noch) nicht daran, was nachher sein wird. Ich will jetzt ein gutes Leben führen, will fremde Länder besuchen und mir etwas vergönnen.

Aber all das ist seit über einem Jahr kaum möglich, weil wir gerade mitten in einer Pandemie stecken, in der selbst unsere Wissenschaftler und medizinischen Fachexperten an die Grenzen ihrer Weisheit stoßen und auch nicht so recht wissen, wie sich das Ganze weiterentwickeln wird.

„**Manchmal feiern wir mitten im Tag ein Fest der Auferstehung**“, so heißt es in einem bekannten rhythmischen Kirchenlied. Und weiter lautet der

Text in einer Strophe weiter: „Waffen werden umgeschmiedet, und ein Friede ist da.“

Vielleicht dürfen wir – etwas umformuliert – bald singen: „Manchmal feiern wir mitten im Jahr ein Fest der Auferstehung“, wenn die Zahl der Corona-Neuinfektionen stark zurückgehen und eine gewisse Normalität in unser alltägliches Leben zurückkommt.

Ist das nur ein naiver Glaube oder vielleicht doch eine berechtigte Hoffnung? Ich vertraue darauf, dass Gott uns Menschen nicht verlassen hat und ich bete zu Gott und hoffe zuversichtlich darauf, dass er durch die medizinischen Wissenschaftler am Werk ist, damit wir bald mitten im Jahr „ein Fest der Auferstehung“ feiern können, auch wenn gerade nicht Ostern gefeiert wird.

*Dr. Rudolf Prokschi,
Landesseelsorger
der LPD Wien*



MENSCH & ICH

„RICHTIGES“ LOB IST WICHTIG

Immer wieder tauchte in den letzten Monaten bei meinen Beratungsgesprächen das Thema „fehlendes Lob“ auf. So wurde beispielsweise beklagt, dass beim Einsatzgeschehen in der Terrornacht so viele Kolleginnen und Kollegen anwesend waren und ihren Dienst versehen haben, aber in den Medien immer nur ein paar ausgewählte Personen erwähnt wurden. „Der kleine Inspektor“ wurde nicht beachtet, die erbrachte Leistung dadurch geschmälert.

So kommt es jedenfalls bei einigen Betroffenen an und die Gedanken kreisen zwischen Selbstzweifel, Enttäuschung und Wut. Auch wenn der Fokus

in der Beratung auf positive Geschehnisse gelenkt wird, das so sehlich erwartete Lob oder „Danke“ von Vorgesetzten kann dadurch nicht ersetzt werden.

Warum brauchen wir eigentlich solch lobenden Worte? Lob bedeutet Zustimmung zu einem Verhalten, das man gesetzt hat, aber auch Wertschätzung und Anerkennung. Wir bekommen durch Lob Bestätigung und positive Verstärkung für den Selbstwert. Bleiben Lob und Anerkennung dauerhaft aus, so kann dies zu weitreichenden negativen Konsequenzen sowohl für die Persönlichkeit, als auch für den Arbeitsprozess führen.

So belegen Studien etwa, dass Frust und fehlende Anerkennung die Bindung zum Arbeitgeber bzw. zur Arbeitgeberin schmälern und unternehmensschädigendes Verhalten fördern.

Richtiges Loben will aber auch gelernt sein. So gibt es etwa Belege dafür,

dass nicht persönlich adressiertes Lob wenig Wirkung hat, denn Mann/Frau fühlt sich einfach nicht angesprochen. In diese Kategorie fallen etwa Rund-Mails zu Weihnachten oder standardisiert generierte Nachrichten.

Aber auch ein Zuviel an Lob, kann problematisch sein. Wenn Lob permanent erfolgt, gleich welches Verhalten gesetzt wurde, dann wird der positive Verstärker quasi neutralisiert und verliert an Effektivität.

Das berühmte Mittelmaß mit Fingerspitzengefühl und Empathie eingesetzt, ist also das Geheimnis des Erfolges. Und sollten Sie nun vor der Zeitung sitzen und sich denken „Warum soll ich jemanden loben, mich lobt ja auch keiner?“, dann ist vielleicht genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um diesen Bann zu durchbrechen. Loben Sie jemanden in Ihrem Umfeld und die Welle der positiven Verstärkung beginnt zu rollen.

Angelika Schäffer

Demos gegen das

Versammlungen gegen die Corona-Politik werden von den Rädelsführern gerne auch als „Spaziergänge“ betitelt. In Wahrheit sind es Proteste, bei denen die Gewalt zunimmt.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 haben sich die Menschen in Wien diszipliniert an die Ausgangsbeschränkungen gehalten – die Maßnahmen sind von der Bevölkerung mitgetragen worden. Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet. Bereits im Sommer 2020 haben kleinere Gruppen begonnen, gegen die Maßnahmen der Bundesregierung mobil zu machen.

men Widerstand aufgerufen. Viele Menschen sind für derartige Fake News und Verschwörungsmymen empfänglich. Es sind meist jene Medienkonsumenten, die die Authentizität einer Nachricht und deren Quellen nicht kritisch hinterfragen – sogenannte Mitläufer. Einige Demonstranten plagen auch reale, wirtschaftliche Sorgen. Seit Anfang dieses Jahres gehen immer mehr Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmenpakete der Regie-

Die Corona-Pandemie bietet viel Zündstoff für

Verschwörungsmythenerzähler, Leugner und Extremisten

„Auch der Diskurs in den sozialen Medien dahingehend hat ein neues, radikaleres Gesicht bekommen“, erläutert Brigadier Xenia Zauner, BA MA. Die erfahrene Polizistin übernahm Anfang Dezember 2020 die Leitung der Einsatzabteilung in der Landespolizeidirektion Wien. „Die Corona-Pandemie bietet viel Zündstoff für Verschwörungsmythenerzähler, Leugner oder Extremisten. Vereinzelt wird in sozialen Netzen auch zum gewaltsa-

men Widerstand aufgerufen. Viele Menschen sind für derartige Fake News und Verschwörungsmymen empfänglich. Es sind meist jene Medienkonsumenten, die die Authentizität einer Nachricht und deren Quellen nicht kritisch hinterfragen – sogenannte Mitläufer. Einige Demonstranten plagen auch reale, wirtschaftliche Sorgen. Seit Anfang dieses Jahres gehen immer mehr Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmenpakete der Regie-

Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, Gesundheit ebenso. Zu den elementaren Säulen der österreichischen Demokratie zählt die Gewährleistung von Grundrechten. Dazu gehört das Recht auf freie Meinungsäußerung und



Seit Anfang dieses Jahres gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmenpakete der Regierung zu demonstrieren. Die dadurch verursachten Polizeieinsätze sind eine enorme und zusätzliche Belastung für die Kolleginnen und Kollegen der Wiener Polizei.“

auf Versammlungsfreiheit, aber etwa auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit und damit auf Gesundheit. Seit März 2020 wurde eine Reihe von Verordnungen mit Maßnahmen, die

Foto: Bernhard Elbe

Krisenmanagement



auf die Straße, um gegen die Maßnahmenpakete der Regierung zu demonstrieren. Die dadurch verursachten hohe Belastung für die Kolleginnen und Kollegen der Wiener Polizei.

zur Eindämmung der Pandemie beitragen sollen, von der Bundesregierung beschlossen und erlassen. Die Verordnungen, die beispielsweise die Ausgangs- oder Zutrittsbeschränkungen

im Handel oder das Zusammenströmen von Menschen regeln, stützen sich auf das Epidemiegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz. Mit dem Vollzug beider Gesetze ist in erster Li-

nie der Gesundheitsminister betraut. Die notwendigen und teils einschneidenden Maßnahmen haben Kritik in manchen Bevölkerungsteilen laut werden lassen. „Ich habe die Leitung der



Hochbetrieb im Kommandoraum der Polizei: Seit Anfang 2021 finden regelmäßig Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen statt.

Einsatzabteilung am 1. Dezember 2020 übernommen – in einer wahrlich schwierigen Zeit“, sagt Xenia Zauner. „Die erste größere Demonstration gegen die Corona-Politik hat bereits am 16. Jänner 2021 stattgefunden. Es hat zu diesem Zeitpunkt so gut wie keine Erfahrungswerte mit Groß-Demos während einer Pandemie gegeben.“ Es ist eine schwierige Entscheidung der Versammlungsbehörde, auf der einen Seite das verfassungsmäßig verankerte Grundrecht der Versammlungsfreiheit und auf der anderen Seite die Aufgabe des Staates zur Eindämmung großer Gefahren für die Gesundheit vieler

Menschen gegeneinander abzuwägen. „Versammlungen sind bis dato kaum aufgelöst und nur selten untersagt worden – nur in wenigen Ausnahmefällen. Durch die Verordnungen zum Gesundheitsschutz hat sich eine Reihe von Mitwirkungsverpflichtungen für die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ergeben. Vor der Pandemie ist es in der Regel nicht vorgekommen, dass bei Demonstrationen offensiv bei Verwaltungsübertretungen offensiv eingeschritten werden hat müssen. Wer hätte sich noch vor zwei Jahren vorstellen können, dass Polizistinnen und Polizisten den Mindestabstand, den

Menschen zueinander einhalten sollen, kontrollieren müssen?“, sagt die leitende Polizeibeamtin.

Versammlungen sind nicht gleich Veranstaltungen. Es handelt sich bei Versammlungen um eine bestimmte Form des Zusammentreffens mehrerer Personen wie das bei Kundgebungen oder Demonstrationen der Fall ist. Davon zu unterscheiden sind Veranstaltungen wie Feste, Umzüge oder Prozessionen. „Versammlungen müssen spätestens 48 Stunden vor Versammlungsbeginn schriftlich der Versammlungsbehörde angezeigt werden – die Landespolizeidirektion Wien ist als Sicherheitsbehörde zuständig und die richtige Anlaufstelle. Daraus ergibt sich, dass Versammlungen nicht genehmigt werden müssen, jedoch untersagt werden können. Muss eine angemeldete Kundgebung von vornherein untersagt oder eine spontane, unangemeldete Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen aufgelöst werden, weil das öffentliche Wohl dadurch gefährdet werden könnte oder gefährdet wird, basiert diese Entscheidung immer auf einer Expertise der Gesundheitsbehörde – weil durch die Teilnahme an einer solchen Versammlung eben die Gesundheit der Teilnehmenden in hohem Ausmaß gefährdet werden kann. In Wien ist das die Magistratsabteilung 15“, gibt Zauner Ein-



Fotos: Bernhard Elbe

blick in die komplexe Thematik der Versammlungsfreiheit.

Expertinnen und Experten der Gesundheitsbehörde sind fallweise bei größeren Demos dabei und teilen dem behördlichen Einsatzleiter der Polizei ihre Einschätzung der Lage vor Ort mit – individuell auf den Anlassfall bezogen und nicht pauschal. An erster Stelle steht dabei immer die Frage: Wird das öffentliche Wohl durch die Demonstration gefährdet?

Wien als Demo-Hotspot. Seit Jänner 2021 finden vermehrt Aufmärsche und Demonstrationen gegen die Corona-Politik der Bundesregierung in ganz Österreich und auch in Wien statt. Erst am 20. März 2021 waren es wieder rund 2.500 Personen, die sich in der Bundeshauptstadt versammelten, um gegen die COVID-19-Bestimmungen zu demonstrieren. Tags davor waren von den über 100 angezeigten Versammlungen neun von der LPD Wien untersagt worden. Die Polizistinnen und Polizisten sind dabei im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit konsequent gegen jene Personen eingeschritten, die gegen Gesetze und Verordnungen verstoßen haben. In diesem Zusammenhang wurden elf Personen

festgenommen und rund 1.650 Anzeigen erstattet. Gegen 14.30 Uhr wurde am Margaretengürtel eine Kundgebung aufgelöst. „Die rund 750 Demo-Teilnehmer haben anfangs der Aufforderung über Lautsprecher, auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet“, schildert Brigadierin Zauner den schwierigen Einsatz. „Die Einsatzkräfte der Polizei haben daraufhin die Identität der Personen festgestellt und Anzeigen wegen verschiedenster Verwaltungsübertretungen und strafrechtlicher Delikte erstattet. Während der polizeilichen Maßnahmen kam es zum Einsatz von Pfefferspray, da mehrere Demonstranten versucht haben,



Xenia Zauner: „Wer hätte sich vorstellen können, dass Polizistinnen und Polizisten den Mindestabstand zwischen Menschen kontrollieren müssen?“

gewaltsam eine Polizeisperre zu durchbrechen.“

Extremisten, Hooligans und Familien mit Kindern. Die freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit und das Äußern des Unmuts über politische Entscheidungen gehören zu den Grundrechten der Menschen in einer

Demokratie. Sie sind ein wichtigstes Mittel der Zivilgesellschaft, um ihre Meinung und ihren Unwillen außerhalb von Wahlen äußern zu können. Gerade diese

Grundrechte werden immer häufiger von Menschen missbraucht, um bei Kundgebungen Ideologien und radikales Gedankengut zu transportieren und Mitläufer für die eigene Sache zu rekrutieren. „Es kommt immer wieder vor, dass extremistisch motivierte Demonstrationen und Veranstaltungen als Kundgebungen, getarnt als Bürgerbewegungen besorgter Menschen, angemeldet werden“, erläutert Zauner die Stimmung bei derartigen Kundgebungen. „Zudem mischen sich Unruhestifter und radikale Personen unter die friedlichen Demonstranten und setzen Gewalt gegen Mitmenschen und die Polizei ein. Wir beobachten bei derarti-

gen Demo-Einsätzen ein zunehmend inhomogener werdendes Publikum. Es tummeln sich gemeinsam rechte bzw. rechtsextreme Gruppierungen, Fußballhooligans, Anhänger von Verschwörungsmuthe, Senioren, Familien mit Kleinkindern oder einfach nur Personen, die derartige Kundgebungen als Event betrachten und Narrenfreiheit genießen möchten. Das macht eine Intervention der Polizei besonders schwierig – den Versammlungsleitern ist das bewusst und sie nutzen das in ihren taktischen Überlegungen.“ Immer wieder mischen sich auch ausländische Politiker rechter Parteien oder verurteilte Neonazis unter die demonstrierenden Massen. Gegendemonstrationen von linken Aktivisten bringen das Fass dann häufig zum Überlaufen – Gewalt ist die Folge.

Geringeres Unrechtsbewusstsein bei steigender Gewaltbereitschaft: Am 6. März 2021 kam es bei mehreren Demonstrationen in Wien zu gewaltsamen Übergriffen und erheblichen Ausschreitungen. 37 Versammlungen wurden für diesen Tag angemeldet, zwölf davon wurden im Vorfeld von der Versammlungsbehörde untersagt. In sozialen Medien wurde dennoch zur Teilnahme an den untersagten Kundge-

Grundrechte werden
für radikale Ideologien
missbraucht

bungen aufgerufen. Tausende Personen versammelten sich an diesem Tag in der Wiener Innenstadt. Ein großer Teil der Demonstranten hielt sich nicht an die geltenden Abstandsregeln und trug keine FFP2-Maske – Lautsprecherdurchsagen der Polizei wurden ignoriert. „Es haben sich zwei größere spontane, unangemeldete Demonstrationmärsche gebildet, die sich schließlich in eine angezeigte Kundgebung im Wiener Prater eingegliedert haben“, schildert Xenia Zauner den turbulenten Einsatz. „Nachdem der Veranstalter diese Kundgebung für beendet erklärt hatte, hat sich eine größere Gruppe von Personen in Richtung Schüttelstraße in Bewegung gesetzt.“ Im Bereich der Unteren Augartenstraße sei die Gruppe von Polizeikräften gestoppt worden und Identitäten seien festgestellt worden. Einige Demonstrationsteilnehmer seien zeitgleich in die Tiefgarage eines nahegelegenen Gebäudes eingedrungen.

An diesem Tag wurden 42 Personen festgenommen und mehr als 3.000 verwaltungs- und strafrechtliche Anzeigen sind erstattet worden. Einige Teilnehmer trugen Messer bei sich.

Anpassungsfähigkeit und Fingerspitzengefühl. „Wir haben bei jeder weiteren Kundgebung neue Erfahrungen

Es ist ein Drahtseilakt zwischen Vermeidung einer Eskalation und konsequenter Durchsetzung der Rechtsvorschriften bei Verstößen

gesammelt und dazugelernt“, sagt Xenia Zauner. „Die Herausforderung, speziell bei unangemeldeten Demonstrationen, liegt darin, dass wir keinerlei Vorlaufzeit haben, um den Einsatz vorzubereiten. Deshalb haben wir eigene Handlungsleitfäden erstellt, um die Einsatzkräfte bei der Umsetzung gesundheitsbehördlicher Maßnahmen zu unterstützen und zu entlasten – es ist



Egal, wie erfolgreich ein Einsatz verläuft, im Nachhinein werden Kritiker erklären, wie es besser gehen hätte können.

schiefer unmöglich, jede einzelne Maßnahme, verteilt über so viele verschiedene Rechtsmaterien, jederzeit parat und abrufbar zu haben. Darüber hinaus sind Schnellerledigungsformulare für Anzeigen nach dem Versammlungs- und COVID-19-Maßnahmengesetz für Anzeigen entwickelt worden. Wir setzen polizeiliche Kommunikationsteams ein, die offensiv auf die Menschen in einer Versammlung zugehen und sie auf ein Fehlverhalten ansprechen. In Zusammenarbeit mit der Stadt Wien haben wir erreicht, dass Juristen des Magistrats im Rathaus bei Demonstrationen zur Verfügung stehen – speziell für Anhaltungen und Vorführungen vor die Behörde in Zusammenhang mit gesundheitsbehördlich zu ahnenden Verwaltungsübertretungen. Auch die logistische Herausforderung, insbesondere die Verpflegung der Einsatz-

kräfte, ist nicht zu unterschätzen. So haben wir Versorgungswägen an verschiedenen Standorten organisiert – eine zentrale Versorgung in einer Kantine von mehreren Hundert Personen ist zu Corona-Zeiten einfach nicht durchführbar.“

„Vertreter der Sicherheitsbehörde im Aktionsraum entscheiden vor Ort, ob eine Versammlung rechtlich als sol-

che zu qualifizieren ist und diese aufgelöst werden kann – speziell bei nicht angemeldeten Zusammenkünften“, sagt Zauner. Dabei erfolge eine enge Abstimmung mit den Kommandanten der jeweils betroffenen Einsatzabschnitte. „Die Kolleginnen und Kollegen leisten gemeinsam tolle und vorbildliche Arbeit.“

Verhältnismäßigkeit als oberste Prämisse. Die Polizei bewegt sich bei Demonstrationen generell im Spannungsfeld zwischen den Befürwortern und den Gegnern einer bestimmten Sache – auch auf politischer Ebene. Die Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt, gerade bei Corona-Kundgebungen, weckt das Interesse einer Vielzahl von Menschen und steht besonders im Rampenlicht. Egal wie erfolgreich ein polizeilicher Einsatz auch verlaufen mag, im Nachhinein werden sich Kritiker zu Wort melden und erklären, wie man es hätte besser machen können.

„Die Polizei muss zu jeder Zeit rechtskonform und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einschreiten“, betont Xenia Zauner. „Die Balance zu finden zwischen einerseits dem nötigen Fingerspitzengefühl, um eine Eskalation zu vermeiden, und andererseits einer konsequenten Durchsetzung der Rechtsvorschriften bei Verstößen ist der alltägliche Drahtseilakt, den unser Beruf mit sich bringt“, fasst die Leiterin der Einsatzabteilung zusammen. „Wenn die Maßnahmen eingehalten werden und es auch sonst keine Gesetzesverstöße bei einer Demo gibt, besteht für die Polizei kein Grund zu intervenieren.“ Die Begleitung einer Kundgebung, insbesondere dann, wenn diese auf öffentlichen Straßen stattfindet, sei immer vorgesehen – unabhängig davon, ob es sich um linke oder rechte Aktivisten handle.

„Die Polizei muss zu jeder Zeit rechtskonform und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einschreiten“, betont Xenia Zauner. „Die Balance zu finden zwischen einerseits dem nötigen Fingerspitzengefühl, um eine Eskalation zu vermeiden, und andererseits einer konsequenten Durchsetzung der Rechtsvorschriften bei Verstößen ist der alltägliche Drahtseilakt, den unser Beruf mit sich bringt“, fasst die Leiterin der Einsatzabteilung zusammen. „Wenn die Maßnahmen eingehalten werden und es auch sonst keine Gesetzesverstöße bei einer Demo gibt, besteht für die Polizei kein Grund zu intervenieren.“ Die Begleitung einer Kundgebung, insbesondere dann, wenn diese auf öffentlichen Straßen stattfindet, sei immer vorgesehen – unabhängig davon, ob es sich um linke oder rechte Aktivisten handle.

Gernot Burkert

Die Kunst der Einsatzführung

Die Arbeit des Einsatzstabes „Delta“ zählt zu den Meilensteinen im erfolgreichen Kampf gegen den Terror in Wien. Oberstes Ziel war es, Chaos zu verhindern.

Ich bin vor dem Fernseher gesessen und habe mir James Bond angesehen, am Abend des 2. November 2020. Es hätte der Ausklang für einen anstrengenden Arbeitstag sein sollen. Plötzlich hat das Telefon geklingelt. Ein Kollege hat mir mitgeteilt, dass in der Innenstadt geschossen worden ist, die Lage sei aber noch völlig unklar. Im Teletext war bereits von einem Terrorakt zu lesen“, schildert Oberstleutnant Martin Hinter-

gelangt und habe meine Arbeit im Einsatzstab aufnehmen können.“ Zu diesem Zeitpunkt war es bereits schwierig, in den 1. Bezirk zu gelangen.

Überblick verschaffen, Chaos vermeiden. Am Terrorereinsatz am Abend und in der Nacht des 2. November 2020 in der Wiener Innenstadt beteiligten sich unmittelbar rund 1.000 Polizistinnen und Polizisten. Neben den ortskundigen Kräften im ersten Bezirk wa-

herrscht. Ich habe die Aufgabe gehabt, einerseits schnellstmöglich gesicherte Informationen über die Lage zu sammeln, andererseits ist es wichtig gewesen die Einsatzkräfte vor Ort dadurch in ihrer Arbeit nicht zu behindern – ein schwieriger Spagat“, erinnert sich Martin Hinterhölzl an den fordernden Einsatz zurück.

Erfolg als Resultat professioneller Stabsarbeit. Der Einsatzstab „Delta“ setzte sich an diesem Abend aus dem behördlichen Führungsstab und dem polizeilichen Einsatzstab zusammen. Die Gesamteinsatzleitung übernahm Polizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl. Das Einsatzkommando im Stab wurde von Oberstleutnant Hinterhölzl geführt.

Der erfahrene Polizist fungierte somit als Bindeglied zwischen den im Brennpunkt befindlichen, vorgelagerten Kommandozentralen, geführt von leitenden Polizeibeamten der Sonder- und Spezialeinheiten oder des Landeskriminalamtes, dem Innenministerium, anderen Einsatzorganisationen wie der

Ich habe mich angezogen und bin mit meinem Auto in Richtung

Landespolizeidirektion am Schottenring gefahren.

hölzl den Beginn eines Einsatzes, den er in dieser Form bisher noch nicht erlebt hatte.

„Ich habe mich angezogen und bin mit meinem Auto in Richtung Landespolizeidirektion am Schottenring gefahren. Als ich an der PI Anton-Baumgartner-Straße vorbeigekommen bin, habe ich angehalten, bin kurzerhand in die Polizeiinspektion gelaufen und habe die Kollegen ersucht, mich zu lotsen – so bin ich schnell und sicher ans Ziel

ren es zahlreiche Einsatzkräfte aus anderen Wiener Bezirken, Spezialisten der WEGA und des Einsatzkommandos Cobra, Einsatzeinheiten aus anderen Bundesländern – beispielsweise dem Burgenland – aber auch zahlreiche Beamte, die aus ihrer Freizeit von zu Hause ihre Dienststellen unaufgefordert aufsuchten, um zu helfen und zu unterstützen.

„Als ich den Stabsraum betreten habe, hat anfänglich das Chaos ge-



Einsatzkommandant im Stab
Obersteleutnant Martin Hinterhölzl
war Bindeglied zwischen den im
Brennpunkt befindlichen, vorgela-
gerten Kommandozentralen, dem
Innenministerium, anderen Einsatz-
organisationen und der Stadt Wien.



Martin Hinterhölzl: „Aufgabe im Stab ist es, gesicherte Informationen über die Lage zu sammeln und die Einsatzkräfte vor Ort zu unterstützen.“

Rettung, den *Wiener Linien* oder der Stadt Wien.

„Wir haben alle Hände voll zu tun gehabt und sind unter enormer Anspannung gestanden“, berichtet Hinterhölzl. „Es war wichtig, ein Bild über die Lage zu gewinnen. Deshalb haben

satzkommandant Martin Hinterhölzl.

Die nächsten 72 Stunden wurden als „Terrorzeitraum“ eingestuft. Neben der Koordination des laufenden Einsatzes waren zahlreiche vorausblickende Entscheidungen zu treffen. „Wien ist eine Metropole. Das Leben geht ne-

Die nächsten 72 Stunden wurden als „Terrorzeitraum“ eingestuft

wir begonnen, Lagekarten zu erstellen.“ Die Flut an einlangenden Informationen von Einsatzkräften über Funk und Bürgern über den Notruf mussten bewertet, geordnet und Schritt für Schritt analysiert und abgearbeitet werden. „Darüber hinaus ist es in derartigen Lagen von großer Bedeutung, einen Kommandanten zu bestimmen, der das Einsatzgeschehen vor Ort leitet“, sagt Hinterhölzl. „Wir haben eine geordnete Kommunikation über mehrere Funkkanäle und Sanitätsstellen für verletzte Passanten errichten müssen. Wir haben zu Beginn nicht gewusst, ob es sich um einen Einzeltäter oder um mehrere Täter gehandelt hat – die Wahrnehmungen von Zeugen aber auch von Polizisten waren sehr unterschiedlich und widersprüchlich. Dadurch ist unser anfängliches Lagebild verzerrt und die Arbeit zusätzlich erschwert gewesen“, erklärt der Ein-

ben dem Tereinsatz weiter. Zahlreiche Menschen haben sich auf den Straßen und Plätzen oder bei Veranstaltungen befunden“, schildert der Kommandant die dynamische Lage. Gerade an jenem Allerseelenabend waren besonders viele Menschen in



Wiens Straßen unterwegs – es war der letzte Abend vor einem weiteren Lockdown. Zahlreiche Wienerinnen und Wiener nützten das schöne milde Wetter, um den Tag bei einem Getränk in einem Lokal oder einem Schanigarten ausklingen zu lassen, in der Oper, im Konzerthaus oder bei einem Abendspaziergang. „Wir haben uns mit dem Bundes- und Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung beraten, um mögliche weitere Angriffsziele zu definieren.“ Speziell in Wien gebe es viele neuralgische Punkte wie U-Bahnen, Botschaften, Konsulate oder internationale Organisationen, aber auch sogenannte weiche Ziele – damit sind wehrlose Menschen der Zivilbevölkerung gemeint.

Komplexe Lagen wirksam bewältigen. Martin Hinterhölzl und seine Stabmannschaft hatten weitreichende logistische Entscheidungen zu treffen. „Man muss in einem derartig komplexen Einsatz immer vorausdenken – nach der ersten Nacht ist der Einsatz nicht zu Ende gewesen“, erläutert Hinterhölzl. „Kolleginnen und Kollegen sind teilweise bereits mehr als 24 Stunden durchgehend im Dienst gewesen, es war wichtig, diese Beamten abzulösen und auch genügend Personal für die Bewältigung der kommenden 72 Stunden zur Verfügung zu haben. Wir haben uns deshalb bewusst dafür entschieden, nicht alle verfügbaren Einsatzkräfte, insbesondere polizeiliche Führungskräfte, am 2. November in den Einsatz zu bringen – denn es haben auch Ressourcen für die nächsten Tage eingeplant werden müssen.“

„Niemand hat zu diesem Zeitpunkt gewusst, ob es zu weiteren Anschlägen, Vergeltungstaten oder Nachahmungen kommt“, erklärt Hinterhölzl die Einsatzstrategie. Die Kommunikation mit den Partnerorganisationen wie der Rettung oder den *Wiener Linien* spielte ebenso eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus musste die Bevölkerung über die Situation und die Gefahrenlage informiert werden – es mussten ad

hoc Pressekonferenzen einberufen werden. „Tausende Menschen waren in Wien unterwegs. Zahlreiche davon haben im ersten Bezirk in der Oper oder dem Musikverein Veranstaltungen besucht. Gemeinsam mit den *Wiener Linien* haben wir leere U-Bahn Garnituren am Karlsplatz zusammengezogen und haben die Menschen so Schritt für Schritt aus dem Gefahrenbereich evakuieren können. Ich bin auch von der Mithilfe und Solidarität der Menschen überwältigt gewesen. So haben Passanten beispielsweise den Einsatzkräften Tee gebracht, oder ein Hotel im 21. Bezirk hat für die Einsatzkräfte aus den Bundesländern kostenlos Zimmer zur Verfügung gestellt“, erinnert sich Hinterhölzl.

Zusammenwirken der Elemente.

Stabsarbeit setzt sich aus mehreren wichtigen Elementen zusammen, wie Wahrnehmungs-, Entscheidungs-, Führungs-, Informationsmanagements-, Wissens- und Lernprozesse aber auch Organisations-, Kommunikations- und Teamprozesse.

„Das schwierigste an der Stabsarbeit ist es, in eine bereits laufende Lage nachträglich einzusteigen und einen Überblick zu bekommen. Die Arbeit im Einsatzstab ‘Delta’ war genauso wie die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten direkt vor Ort eine körperliche und psychische Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ich bin stolz auf jede einzelne Kollegin und jeden einzelnen Kollegen. Die Zusammenarbeit der polizeilichen Akteure und auch mit anderen Organisationen ist vorbildlich verlaufen“, resümiert Hinterhölzl.

„Ich erinnere mich noch an 110 Anrufe am Notruf mit Hinweisen aus der Bevölkerung auf Personen mit Messern, Macheten oder sonstigen Waffen. Gemeinsam mit der WEGA sind wir allen 110 Hinweisen einzeln nachgegangen, bis der letzte Hinweis überprüft worden war – wir konnten es uns zu keinem Zeitpunkt leisten, nachlässig zu werden.“ *Gernot Burkert*

FLIR am Wasser

Mit Wärmebildkameras hat man auf Polizeibooten auch bei Nebel, Regen oder starkem Schneefall den Durchblick. Die Wasserpolizei in Wien erhielt nun zwei FLIR-Geräte und verbuchten damit erste Erfolge.

Die Wasserpolizei ist auf der Donau oft mit schlechten Sichtbedingungen konfrontiert: blendendes Sonnenlicht und Reflexionen vom Wasserspiegel, Nebel oder Rauch, Regen oder Schneefall. Bei nächtlichen Einsätzen muss in der Dunkelheit navigiert werden. Wenn es erforderlich war, wurden in der Vergangenheit zur Unterstützung Einheiten angefordert, die über Infrarot-Geräte verfügen – etwa die Flugpolizei, deren mit Wärmebildkameras ausgestattete Polizeihubschrauber zum Auffinden Vermisster oder Tatverdächtiger beitragen.

„Wir haben nur Nachtsichtgeräte gehabt“, erklärt Chefinspektor Erich Kraus, Kommandant der Polizeiinspektion (PI) Handelskai/Wasserpolizei. „Da sie mit Restlichtverstärkung arbeiten, bringen sie bei Nebel, starkem Regen oder Schnee nichts. Daher hat ein Bedarf an Wärmebildkameras bestanden.“ Am 16. Oktober 2020 übergab Innenminister Karl Nehammer der Wasserpolizei zwei FLIR-Handgeräte (*Forward Looking Infrared*).



Erich Kraus: „Die Wärmebildkameras sind für uns besonders wichtig.“

Am Abend des 21. Oktober 2020 kamen die Geräte bei einer Vorführung zum Einsatz. Bei dieser wurde eine Anhaltung nachgestellt und mit einer FLIR-Kamera vom Polizeiboot „Wien“ aus beobachtet. „Es hat sich um eine Personenkontrolle durch die Besatzung eines Streifenwagens am Uferbegleitweg gehandelt“, sagt Majorin Andrea

Anders von der Landesverkehrsabteilung und Gruppenoffizierin der Wasserpolizei. „Unser Teil als Wasserpolizei war die Unterstützung bei der Lokalisierung der Person und der Zuführung des Funkmittels mit anschließender Sicherung der Amtshandlung.“

Handlich und robust. „Aufgrund der geringen Größe und des niedrigen Gewichts ist die FLIR-Kamera sehr handlich und flexibel einsetzbar. Durch das robuste Gehäuse und die einhändige Bedienmöglichkeit kann man sie auf den Einsatzbooten auch bei rauem Wetter und hohem Wellengang verwenden“, nennt Anders die Eigenschaften des Geräts, die insbesondere im nautischen Bereich eine wesentliche Rolle spielen.

Die FLIR-Kamera nutzt eine moderne Wärmebildtechnik, die auch bei kleinen Wärmeunterschieden klare Bilder liefert. So sieht man etwa in ein Gewässer eingeleitetes Öl, das eine andere Temperatur hat als Wasser. Objekte, die Wärme abstrahlen, lassen sich sogar bei grellem Licht oder völliger



Andrea Anders: „Aufgrund geringer Größe und Gewichts ist die FLIR-Kamera sehr handlich. Durch das robuste Gehäuse und die einhändige Bedienmöglichkeit kann man sie auch bei rauem Wetter und hohem Wellengang verwenden.“

ger Dunkelheit, bei dichtem Nebel oder Rauch sowie bei starken Niederschlägen erkennen und als Foto oder Video auf der internen Festplatte speichern. Die Aufnahmen werden auf einen Computer überspielt und ausgewertet.

Alle 48 Beamtinnen und Beamten der PI Handelskai wurden in die Handhabung der FLIR-Kamera unterwiesen. Die sechs Stunden dauernden Schulungseinheiten setzten sich aus einem theoretischen und einem praktischen Teil zusammen. „Es hat eine Einschulung in die Funktionsweise und die Menüführung gegeben, zu den unterschiedlichen Wärmequellen, zur bildlichen Darstellung in Form von Farben sowie zum Speichern, Übertragen auf den Rechner und Abspielen der Aufnahmen“, erklärt Kraus. Die praktischen Übungen fanden in der Nacht statt.

Unterschiedliche Einsatzbereiche.

Andrea Anders führt vier Haupteinsatzbereiche für die FLIR-Geräte an: die grenzpolizeiliche Überwachung zur Verhinderung illegaler Migration, die Klärung von Umweltschadstoffen, bei denen Schadstoffe in ein Gewässer einge-

bracht werden, Observationseinsätze sowie Hilfeinsätze bei vermissten oder über Bord gegangenen Personen.

Im Dezember 2020 wurden die Infrarot-Kameras zweimal bei der Suche nach vermissten Personen verwendet: Ein Bub, dessen Familie vor Kurzem übersiedelt war, kehrte nach der Schule nicht nach Hause zurück. Die Vermutung seiner Eltern, dass er sich auf dem ihm noch nicht vertrauten Weg verirrt habe und sich in der Nähe seiner alten Adresse beim Donaukanal aufhalte, bestätigte sich. Der Bub wurde gefunden und zu seinen Eltern gebracht. Grund für den zweiten Einsatz war ein von seinen Angehörigen als vermisst gemeldeter älterer Mann. Es stellte sich heraus, dass er mit dem Fahrrad auf der Donauinsel unterwegs gewesen und gestürzt war. Der Mann

konnte in der Nähe des Kraftwerks gefunden werden.

Auch im Jänner 2021 leisteten die FLIR-Geräte bei zwei Einsätzen gute Dienste: Die Ursache für Schlieren auf der Donau konnte identifiziert werden: In Nussdorf war beim Auftanken eines Schiffs Öl ausgeronnen. Des Weiteren unterstützte die Wasserpolizei das Landeskriminalamt bei einem drei Tage dauernden Observationseinsatz im Suchtmittelbereich. Die mit Hilfe der Infrarot-Kameras gewonnenen Erkenntnisse flossen in die Ermittlungen ein.

Andrea Anders erwartet, dass es im Sommer noch mehr zu tun geben wird: „In den Sommermonaten halten sich mehr Menschen auf den Gewässern in und um Wien auf. Es geschehen dabei vermehrt Unfälle. Die Wasserpolizei rettet immer wieder Menschenleben – und auch dabei können die FLIR-Geräte von großem Nutzen sein.“

Die Anschaffung einer weiteren Wärmebildkamera ist noch für heuer geplant. Das zurzeit in Bau befindliche neue Polizeipatrouillenboot, das Ende 2021 geliefert wird, soll mit einem eingebauten Infrarot-Gerät ausgestattet sein.

R. P.



Falsche Ermittler

Angebliche „verdeckte Ermittler“ der angeblichen Kriminalpolizei haben es auf die Ersparnisse ihrer Opfer abgesehen. Die Täter lassen sich immer wieder neue Varianten des „Neffentricks“ einfallen.

Frau Berger*, ich habe mir Sorgen gemacht. Wieso sind Sie nicht 'rangegangen? Die Stimme des angeblichen Kriminalbeamten am Telefon klingt eher vorwurfsvoll als besorgt. „Ich habe mit der Bank telefoniert.“ Aus der Antwort der Frau ist Unsicherheit herauszuhören. „Was haben die gesagt?“, will der Anrufer wissen. „Ich bekomme das Geld, aber ich muss persönlich auf die Bank kommen und abklären, wie viel.“ 400.000 Euro möchte Frau Berger abheben. Diese plus die 10.000 Euro, die sie bereits am Tag davor behoben hat, soll sie der angeblichen Kriminalpolizei übergeben. Es gehe um geheime Ermittlungen, bei denen die angebliche Polizei die Frau um Unterstützung gebeten hat.

Frau Berger unterstützte die Polizei tatsächlich – und zwar die echte. Dass es sich bei dem Anrufer um einen falschen Kriminalbeamten handelte, war ihr von Anfang an klar. Der Betrü-

* Name von der Redaktion geändert



Christian Toth: „Ältere sind meist hilfsbereit und gutgläubig.“

ger, der aufgrund des altmodischen Vornamens darauf getippt hatte, an eine betagte Person geraten zu sein, hatte sich verrechnet. Die 54-jährige redewandte Verkäuferin spielte perfekt die Rolle der alten Frau, die alles tat, was der Anrufer von ihr verlangte, und mit zittriger Stimme bereitwillig auf

sämtliche Fragen antwortete. Nach dem ersten telefonischen Kontakt, bei dem der Täter weitere Anrufe ankündigte, wählte Frau Berger sofort den Polizeinotruf und berichtete über den Vorfall.

Dieser hat alle Merkmale einer speziellen Variante des „Neffentricks“, bei der Betrüger das Vertrauen für sich nutzen, das die Polizei bei der Bevölkerung genießt. Der Täter sucht im Telefonbuch nach – meist weiblichen – Vornamen, die schon lange aus der Mode gekommen sind, ruft an und gibt sich als Kriminalbeamter aus. Entweder ersucht er sein Opfer um Hilfe bei Ermittlungen oder er gibt vor, dessen Geld und Wertgegenstände in Sicherheit bringen zu wollen. Bei einem Einbruch sei ein Zettel mit dem Namen des Opfers gefunden worden, daher nehme die Polizei an, dass die Verbrecher auch bei ihm einen Einbruch planen würden.

Hilfsbereit und gutgläubig. „Bei etwa 98 Prozent der Opfer handelt es sich um Frauen, in der Regel um Pen-

sionistinnen. Angehörige dieser Generation sind meist hilfsbereit und gutgläubig. Sie kommen oft gar nicht auf die Idee, dass sie bei der Polizei einen Rückruf machen und fragen, ob tatsächlich ein Kriminalbeamter mit ihnen Kontakt aufgenommen hat“, charakterisiert Chefinspektor Christian Toth, Leiter des Ermittlungsbezirks 05 – Betrug des Landeskriminalamts, die typischen Opfer bei dieser Betrugsform. Wenn das Opfer zur Kontrolle einen Blick auf das Display des Telefons wirft, kann es sein, dass dort „133“ aufscheint. Laut Toth würden die Täter zum Teil „gespoofte“ Nummern – also fiktive anstelle der Originalrufnummern – verwenden.

Ebenfalls typisch für den Trick des falschen Kriminalbeamten ist der Druck, den der Täter aufbaut. Er suggeriert seinem Opfer, dass es ständig telefonisch erreichbar sein müsse, fragt es aus und gibt genaue Anweisungen, was es zu tun habe. Nachdem Frau Berger zugesichert hatte, die geforderte Summe abzuheben, wollte der Anrufer wissen, in welche Bankfiliale sie gehen würde. Toth erklärt: „Die Betrüger haben oft ein Team vor Ort, das schaut, ob das Opfer tatsächlich kommt und ob es dabei allein ist.“

Auch die eventuelle Anwesenheit anderer Personen in der Wohnung des Opfers überprüfen die Täter. So forderte der Anrufer von Frau Berger „Legen Sie jetzt nicht auf, tun Sie nur den Hörer zu Seite“, bevor er sie zur Bank schickte. Hegt der Betrüger den Verdacht, dass das Opfer die Polizei eingeschaltet hat und sich ein Beamter in der Wohnung befindet, testet er das ab, indem er verlangt, mit dem „Kollegen“ zu sprechen. „Das Problem ist, dass ältere Menschen nicht lügen können. Sie sagen dann: 'Ja, ich gebe Ihnen den Kollegen', dann weiß der Täter Bescheid. Wenn das Opfer beim Reden ins Stocken kommt, ist das für den Anrufer ebenfalls ein Alarmsignal“, erläutert Toth.

Tatsächlich ist es üblich, dass die Polizei nicht nur das Telefon des Op-



Christian Toth: „Die Betrüger haben oft ein Team vor Ort, das schaut, ob das Opfer tatsächlich kommt und ob es dabei allein ist.“

fers überwacht, sondern auch eine Kriminalbeamtin in dessen Wohnung schickt. Sie begleitet das Opfer bei weiteren Anrufen des Betrügers und hat damit auch die Möglichkeit, Aktivitäten zu verhindern, die die Ermittlungen gefährden könnten.

Schweigepflicht. Frau Berger meisterte die Telefonate mit dem angeblichen Kriminalbeamten souverän. Dieser instruierte sein Opfer genau, wie es sich auf der Bank verhalten sollte: „Denken Sie daran, dass Sie eine Schweigepflicht haben. Erwähnen Sie nichts von der Ermittlung, sagen Sie nur: 'Ich möchte die Summe wegen Corona im Tresor aufbewahren.' Und vergessen Sie Ihre Maske nicht!“ Der Täter wollte wissen, wie lange Frau Berger für den Weg zur Bank und wieder nach Hause brauchen würde, und forderte sie auf, dann wieder ans Tele-

fon zu gehen. In manchen Fällen versuchen die Betrüger, ihre Opfer auch außerhalb der Wohnung zu überwachen, berichtet Toth: „Die Täter rufen meistens am Festnetz an und fragen das Opfer, ob es ein Handy habe. Sie wollen, dass es mit eingeschaltetem Handy in die Bank geht, damit sie alles mithören können.“

Dem Anrufer bei Frau Berger reichte es, sich nach ihrer Rückkehr von der Bank genau zu erkundigen, was sie mit dem Filialleiter gesprochen hatte: „Was haben Sie gesagt?“ – „Dass ich wegen Corona Angst habe, aus dem Haus zu gehen.“ Diese Antwort schien dem Täter auszureichen. Tatsächlich war Frau Berger nicht auf der Bank. Sie folgte nur scheinbar auch der weiteren Instruktion, die insgesamt 500.000 Euro in eine Tasche zu packen, am Telefon war dabei das Rascheln

von Papier deutlich zu hören. Anstelle von Banknoten füllte sie die Tasche, wie von der Kriminalbeamtin angewiesen, mit leeren Zetteln.

Was Frau Berger anschließend tun sollte, begründete der falsche Kriminalbeamte folgendermaßen: „Wir haben ein Telefonat der Täter abgehört. Die auf der Bank haben Ihnen nicht gesagt, dass man Ihnen Falschgeld gegeben hat, das wird umgetauscht. Das Geld wird von unserer Stelle in Gewahrsam genommen.“ Und weiter: „Bringen Sie die Tasche runter zu Ihrer Haustür, dort wartet ein verdeckter Ermittler. Sie bringen die Tasche ganz schnell runter, stellen sie hin und machen die Tür wieder zu. Schauen Sie nicht auf. Gehen Sie wieder rauf.“

Auch diese Anweisung befolgte Frau Berger. Als sich der „Abholer“ die Beute schnappen wollte, erfolgte der Zugriff durch die Polizei. „Die Täter arbeiten im Team. Einer telefoniert, ein anderer holt Geld oder Schmuck vom Opfer ab und übergibt es einem weiteren Täter, der die Sachen außer Landes bringt“, erklärt Toth. Vor Kurzem konnte einem türkischen Betrüger das Handwerk gelegt werden, dessen Mutter und Schwester das ergaunerte Geld in Bonbonnieren versteckt über die Grenze schmuggelten.

Neffentrick-Varianten. Bei den international agierenden Tätergruppen handelt es sich um Clans, die – ausgehend von der ursprünglichen Version des Neffentricks – unterschiedliche Varianten entwickelt haben, die alle nach dem gleichen Prinzip funktionieren: Das Opfer wird telefonisch kontaktiert und dazu gebracht, den Betrügern Geld, Schmuck und andere Wertgegenstände zu übergeben. Durch geschickte Gesprächsführung lockt der Anrufer dem Opfer unbemerkt Informationen heraus und verwendet diese, um dem erfundenen Sachverhalt Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Toth nennt ein Beispiel, bei dem der Täter einer Frau am Telefon mitteilte, ihr Sohn sei an einem Verkehrs-



Beliebter Trick: „Kriminalbeamter“.

unfall beteiligt gewesen: „Wir haben bei der Telefonüberwachung gehört, wie die Frau gerufen hat: 'Was, der Toni hat einen Unfall gehabt?' Sie hat später versichert, dass sie den Namen ihres Sohnes nie genannt hat.“ Im weiteren Verlauf des Telefonats verwendete der Betrüger den Namen des Sohnes, was dessen Mutter von der Wahrheit des Gesagten überzeugte. Mit diesem Trick kann ein Opfer dazu gebracht werden, eine „Kautions“ zu übergeben, um einem Familienangehörigen, der angeblich einen Unfall verschuldet hat, einen Gefängnisarrest zu ersparen.

Sollte das Opfer misstrauisch werden, hat der Täter sofort eine plausible Erklärung parat. Etwa, wenn beim klassischen Neffentrick die Stimme des Verwandten anders klingt als gewohnt. Das wird dann auf eine Erkältung mit verstopfter Nase geschoben oder darauf, dass man von unterwegs anruft und es sich anders anhört, wenn man im Auto über die Freisprechanlage telefoniert. Auch bei den Gründen, warum der Neffe das Geld nicht persönlich in Empfang nimmt, sind die Betrüger äußerst kreativ. Um das Opfer in Sicherheit zu wiegen, telefoniert der Abholer während der Übergabe mit dem falschen Neffen, der das Opfer bestärkt, dem „Freund“ das Geld auszuhandigen.

Corona-Betrug. Zur Zeit des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 gingen die Zahlen bei Betrugsdelikten wie dem Neffentrick laut Toth „gegen Null“, um danach wieder anzusteigen. Für eine neue Variante machten sich die Täter die Angst der Menschen vor

dem Virus zunutze: Ein „Arzt“ erklärt dem Opfer am Telefon, dessen Tochter oder Sohn sei an Corona erkrankt und benötige dringend eine teure Behandlung, die man allerdings privat bezahlen müsse. Dieser „Corona-Trick“ wird nach wie vor mit Erfolg angewandt.

Sinkende Fallzahlen gibt es bei einer anderen Betrugsvariante: Ein „Gerichtsvollzieher“ fordert telefonisch eine Strafzahlung aus einem vor Jahren begonnenen Verfahren ein. „Die Angerufenen sagen oft: 'Ich habe nichts offen.' Oder sie rufen beim Gericht an. Dort gibt es eine Namensliste von Gerichtsvollziehern, die man abfragen kann“, erklärt Toth, warum dieser Trick nicht so gut funktioniert. Glaubwürdiger ist es, wenn sich der Täter als Polizeireferent ausgibt und die Begleichung einer Geldstrafe wegen einer Verwaltungsübertretung fordert. Zumindest bei Autofahrern, da etliche tatsächlich eine Strafverfügung, zum Beispiel wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung, erhalten haben.

Zahlt das Opfer bei einer der Neffentrick-Varianten, ist die Wahrscheinlichkeit gering, den Betrag wieder zurückzubekommen. Summen in der Höhe kleiner Verwaltungsstrafen lassen sich noch verschmerzen, aber gerade dann, wenn betagte Personen auf Betrüger hereinfallen, geht es mitunter um Ersparnisse in der Höhe von mehreren 100.000 Euro.

Für eine effiziente Prävention versucht die Polizei, auch die Erben mit ins Boot zu holen, damit diese ihre Eltern oder Großeltern warnen – und sie setzt auf unkonventionelle Methoden. „Ich habe im Vorjahr für jeden Wiener Bezirk einen aktuellen Fall mit Tatvollendung herausgesucht, der dann im Bezirksblatt veröffentlicht worden ist“, erzählt Toth. Durch die Nutzung dieser Gratiszeitung, die bei (fast) jedem Haushalt im Briefkasten landet, erreicht man die Menschen an dem Ort, den auch die Betrüger für ihre telefonische Kontaktaufnahme nutzen: zu Hause.

Rosemarie Pexa

Unter einem Dach

Am Stadtrand von Wien in Süßenbrunn entsteht für die Polizei ein modernes Einsatztrainingszentrum (ETZ) für Einsatztaktik, Einsatztechnik und Schießtraining. Die Eröffnung ist für Anfang 2022 geplant.

Im neuen Einsatztrainingszentrum Wien-Süßenbrunn wird man von der Verkehrskontrolle bis zur Geisellage alles durchspielen können“, bringt Rätin Mag. Ines Bürger, M.A., Leiterin der Logistikabteilung der LPD Wien, einen der größten Vorteile des neuen *Einsatztrainingszentrum (ETZ)* auf den Punkt. Einsatztaktik, Einsatztechnik und Schießtraining können in unterschiedlichen Szenarien geübt werden – am selben Ort, aber trotzdem strikt voneinander getrennt.

Mit dem ETZ Süßenbrunn am Wielandweg 29 in Süßenbrunn, Wien-Donaustadt, und weiteren geplanten Einsatztrainingszentren in jedem Bundesland wird das österreichweit einheitliche Einsatztrainings-Konzept umgesetzt. Dieses berücksichtigt nationale ebenso wie internationale bau- und sicherheitstechnische Standards für Ausbildungsstätten und Schießanlagen und bietet damit allen knapp 30.000 Polizisten die gleichen Voraussetzungen. Jeder Polizist soll zumindest viermal pro Jahr an einem tageweise geblockten



Ines Bürger: „Hauptkriterium war die Größe des Grundstücks.“

Training teilnehmen. Das ETZ Süßenbrunn wird der LPD Wien mit fünf Anlagen und der LPD Niederösterreich mit einer Anlage für die Trainings zur Verfügung stehen.

„Das Hauptkriterium für die Wahl des Standorts in Süßenbrunn war seine Größe. In Wien ist es nicht einfach, ein

derart großes Grundstück zu bekommen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass es in unbebautem Gebiet liegt“, erklärt Bürger. Zwischen der Polizei und dem Eigentümer des Areals, der *Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)*, gab es bereits zahlreiche Kooperationen.

Eröffnung 2022. Der Bund gewährte über das Budget des Bundesministeriums für Inneres einen Baukostenzuschuss in der Höhe von sechs Millionen Euro sowie rund 500.000 Euro für die Erstausrüstung. Am 17. August 2020 erfolgte die Grundsteinlegung für das ETZ Süßenbrunn, die Eröffnung ist für Anfang 2022 geplant. In der Folge wird auch die Jahresmiete von 1,4 Millionen Euro aus dem Bundesbudget bezahlt werden.

Vertreter des Innenministeriums und der LPD Wien waren einbezogen, damit der Bau nach praktischen Gesichtspunkten konzipiert und den Bedürfnissen der Polizei entsprechend realisiert wird. Mitgewirkt haben auch Einsatztrainer des Innenministeriums



So wird das Einsatztrainingszentrum Süßenbrunn aussehen: Eine moderne Trainingsstätte für Einsatztechnik, Einsatztaktik und Schießtraining für Polizistinnen und Polizisten in Wien.

und Fachexperten für bauliche Angelegenheiten.

Das Gebäude, mit 8.500 Quadratmetern Nutzfläche das größte ETZ in Österreich, beherbergt im Erdgeschoß drei Funktionsblöcke: den allgemeinen Bereich mit Sozial- und Schulungsräumen, den Bereich für Einsatztaktik und Einsatztechnik sowie den Schießausbildungsbereich. Es gibt sechs Raumschießanlagen, drei Langwaffenstände sowie die zugehörigen Räume in sechsfacher Ausführung. Im nur am Mittelblock aufsitzenden Obergeschoß befinden sich Verwaltungs- und Büroräume für ruhiges Arbeiten abseits des Trainingsbetriebs.

Die Trainingsbereiche sind mit Galerien ausgestattet, von denen aus die Einsatztrainer das Geschehen in den darunterliegenden Räumen beobachten und analysieren können. Drei Übungsstiegenhäuser führen von den außen liegenden Übungsplätzen durch

das Gebäude auf das Dach. Eine mobile Trennung inklusive Sichtschutz zwischen den einzelnen Übungsplätzen erlaubt gleichzeitiges Training ohne störende Einflüsse von außen.

Übungsvarianten. Das ETZ Süßenbrunn ermöglicht zahlreiche Varianten an Übungssituationen. Durch Verdunkelung können zum Beispiel Nachtsi-

tuationen simuliert werden. Über Tonanlagen lassen sich Geräusche einspielen, die unterschiedliche Szenarien realistischer erscheinen lassen. Auch Training mit Farbmarkierungspatronen ist geplant.

Bei der Gestaltung des Außenbereichs wurde auf eine witterungsunabhängige Trainingsmöglichkeit geachtet. „Der nordwestseitige Freibereich lässt

sich für Einsatztaktik und Einsatztechnik nutzen. Die Übungsplätze sind teilweise überdacht, wodurch man im Trockenen beispielsweise Verkehrskontrollen üben kann“, beschreibt Bürger. Auf dem Areal sind ausreichend Stellplätze für die Fahrzeuge von Trainern und Trainingsteilnehmern vorhanden; öffentlich ist das ETZ mit der Schnellbahn erreichbar.

Behelfsmäßige Lösungen, wie das Üben des Schusswaffengebrauchs in Abrissgebäuden, gehören dann der Vergangenheit an

Das Einsatztrainingszentrum Wien-Süßenbrunn wird zu den modernsten Polizei-Ausbildungsanlagen in Europa zählen. Behelfsmäßige Lösungen, etwa das Anmieten von Abrissgebäuden, um Situationen mit Schusswaffengebrauch in Stiegenhäusern zu üben, gehören dann für die Wiener Polizei ab 2022 somit der Vergangenheit an.

Rosemarie Pexa

Online-Recruiting

Wegen der Corona-Pandemie fand die Informationsveranstaltung für am Polizeiberuf Interessierte im Jänner 2021 virtuell statt. Es gibt einige Finessen, mit denen man sich allerdings zurechtfinden kann.

Du willst Polizist*in werden? Du hast spezifische Fragen zum Aufnahmeverfahren oder den Anforderungen? Dann ist unser Recruitingday die optimale Gelegenheit für umfassende Information! Aufgrund der COVID-19-Bestimmungen wird auch unser erster Recruiting-Day im Jahr 2021 in digitaler Form stattfinden – 30 Minuten Vortrag und 30 Minuten für Fragen und Antworten.“ Mit diesen Sätzen wandte sich Amtsdirektorin Claudia Holzgruber vom Büro Organisation, Strategie und Dienstvollzug, Referat A1.3 Personalentwicklung und Recruiting, im Jänner auf Facebook an Interessierte am Polizeiberuf.

„Es war ein spontaner Entschluss, den Recruiting-Day online zu veranstalten“, sagt Holzgruber. Es war ein Sprung ins kalte Wasser, da einige Fragen im Raum standen: Werden sich genügend Interessenten melden? Wird die Technik funktionieren? Wie herausfordernd wird es sein, die Präsentation allein statt wie sonst in einem Team durchzuführen?



Claudia Holzgruber: „Es war ein Sprung ins kalte Wasser.“

Livestream 2020. Auch wenn der Recruiting-Day in dieser Form eine Premiere darstellte, konnte Holzgruber zumindest auf Erfahrungen mit ähnlichen Formaten zurückblicken. Im Oktober 2020 hatte man, um eine Ansteckung mit dem Coronavirus zu vermeiden, den klassischen Recruiting-

Day abgesagt und stattdessen in einem Livestream auf Facebook Fragen von Interessenten beantwortet. Der Unterschied: Im Oktober handelte es sich um davor zugeschickte Fragen, was eine Möglichkeit zu Vorbereitung bot. Außerdem fand die Beantwortung in einer Art „Doppelconférence“ statt – von Holzgruber und Sportinstructor Abteilungsinspektor Franz Wallner.

Während des Livestreams wurden damals 60 Fragen beantwortet, es gab 162 Kommentare und 229-mal ein „Gefällt mir“. Der Livestream wurde 23-mal geteilt und erreichte über 66.000 Personen. „Die Veranstaltung wurde gelobt, die Zuseher waren interessiert und verhielten sich äußerst konstruktiv. Polizei-TV, Social Media und wir vom Referat Personalentwicklung und Recruiting sind sehr zufrieden“, zog Holzgruber Bilanz.

Aufbauend auf diesem ersten Versuch, wagte Holzgruber einen weiteren Schritt: Im Dezember 2020 lud sie 20 vom Arbeitsmarktservice ausgewählte Personen, die sich für den Polizeiberuf interessierten und auch die Vorausset-



Unterschiede zwischen Online- und herkömmlichen Recruiting-Days: Der Altersschnitt war bei Online-Veranstaltungen niedriger. Online werden manche Fragen mehrmals gestellt, was auf eine geringere Aufmerksamkeit hindeutet. Unklar ist auch, ob es beim Gegenüber ankommt, wenn etwas „mit Augenzwinkern“ gesagt wird.

zungen dafür mitbrachten, zu einem Online-Recruiting-Day ein. Dabei wurde ein Imagevideo der Polizei gezeigt, anschließend konnten die Teilnehmer live Fragen stellen, auf die sie gleich Antworten erhielten. Diese Veranstaltung verlief ebenfalls zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

Premiere 2021. Also, beschloss Holzgruber, es Anfang 2021 mit je rund 60 Teilnehmern an zwei Terminen, am 11. und 12. Jänner, zu versuchen. Wer sich per E-Mail für den auf Facebook beworbenen Online-Recruiting-Day angemeldet hatte, erhielt eine persönliche Einladung mit Zugangscode und Meeting-ID zugeschickt. Das Interesse war so groß, dass man den Teilnehmerkreis für den zweiten Tag auf 80 Personen erweiterte.

Geplant war, wieder zuerst das Imagevideo zu zeigen und dann den Vortrag zu halten. Anschließend stand die Beantwortung von Fragen der Teilnehmer auf dem Programm. Technische Unterstützung erhielt Holzgruber von ihrer Kollegin Revidentin Büsra Özde-

mir. Das Social-Media- bzw. Polizei-TV-Team sorgte für die Übertragung via Facebook.

Eine technische Panne zu Beginn – das Imagevideo ließ sich nicht abspielen – störte die Teilnehmer offensichtlich nicht, erzählt Holzgruber: „Sie haben gemeint, dass das bei Onlineveranstaltungen oft vorkomme und eben passieren könne.“ Das Zeigen einer Power-Point-Präsentation und der Vortrag verliefen problemlos.

Gutes Klima. Die anschließende Fragerunde zeichnete sich durch ein angenehmes Gesprächsklima aus, obwohl es zu Beginn gar nicht danach aussah, wie sich Holzgruber erinnert: „Als ich zu sprechen begonnen habe, hat ein Teilnehmer absichtlich laut gerülpst. Die anderen haben ihm erklärt, dass sie so etwas nicht wollen. Der Teilnehmer war dann sehr höflich, diszipliniert und interessiert, er hat viele Fragen gestellt.“ „Netiquette“ bewiesen die Teilnehmer auch, indem sie andere zu Wort kommen ließen. Am Schluss bedankten sie sich dafür, dass

sie die Gelegenheit bekommen hatten, Fragen zu stellen.

„Die Antworten auf die meisten Fragen sind ohnehin auf der Homepage des BMI, aber die Leute wollen sich die Informationen direkt abholen“, stellt Holzgruber fest. Die Punkte, nach denen sich die Teilnehmer erkundigten, unterschieden sich nicht von denen bei klassischen Recruiting-Days. Typische Fragen betreffen das Leumundszeugnis, wenn jemand Vorstrafen hat, das Schwimmerabzeichen und Tätowierungen. Wann man als Polizist eine Waffe bekommt, wollen vor allem männliche Interessenten oft wissen. Diese Frage wurde auch Bezirksinspektor/SIK Stefan Muzik gestellt, der beim Online-Recruiting-Day am 12. Jänner 2021 Vortrag und Fragebeantwortung übernahm. Er betonte, dass die Pistole für Polizisten ein Arbeitsgerät darstelle, die wichtigste „Waffe“ sei die Kommunikation.

Auch nach dem Online-Recruiting-Day hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, per E-Mail weitere Fragen zu stellen. Auf diesem Weg traf auch Feed-

back ein. „*Der Recruiting-Day war sehr interessant, aufschlussreich und total sympathisch veranstaltet. Vielen Dank noch einmal für die Einladung. Meine Bewerbung ist auch schon (vollständig) abgeschickt!*“, zitiert Holzgruber aus einer der E-Mails.

Online oder offline? Vergleicht man online abgehaltene mit herkömmlichen Recruiting-Days, lassen sich einige Unterschiede feststellen: Der Altersschnitt war bei den Online-Veranstaltungen niedriger. Am selben Termin wurden manche Fragen mehrmals gestellt, was auf eine geringere Aufmerksamkeit hindeutet als bei physischer Anwesenheit. Unklar ist für Holzgruber auch, ob es beim Gegenüber ankommt, wenn etwas „mit Augenzwinkern“ gesagt wird.

Organisatorisch macht ein Präsenztermin eine längere Anmeldefrist von einem Monat gegenüber drei Tagen bei der Online-Veranstaltung erforderlich. Während beim virtuellen Format eine Person und eventuell eine zweite den Teilnehmern als Ansprechpartner zur Verfügung steht, ist es offline ein ganzes Team. „Wir haben dafür einen Pool von rund 15 Kolleginnen und Kollegen, die sich immer abgewechselt haben. Inzwischen sind zwei neue dazugekommen, denen jetzt die Gelegenheit fehlt, dabei zu sein“, bedauert Holzgruber.

Die Anzahl der Teilnehmer ist online ebenfalls geringer. Bei den Terminen im Jänner bestand die Befürchtung, mehr Teilnehmer könnten zu einer technischen Überlastung führen. Beim nächsten Mal wolle man es „mutiger“ angehen, sagt Holzgruber. Es müssten ja nicht gleich 250 Personen wie bei der Offline-Version sein. Außerdem ist geplant, es wie beim Livestream im Oktober 2020 wieder zu zweit zu versuchen. Dass das Recruiting auch 2021 zumindest vorerst virtuell stattfinden wird, davon ist man nicht nur in der Landespolizeidirektion Wien überzeugt – die LPD Vorarlberg hat das Format mittlerweile übernommen.

Rosemarie Pexa

Anzeige auf Klick

Seit Jahresbeginn kann man in ganz Österreich online Diebstahlsanzeigen erstatten. In Wien hat es diese Möglichkeit schon davor gegeben. Die Sicherheitsverwaltung entlastet damit die Exekutive.

Mit Online-Anzeigen hat Fachoberinspektorin Manuela Hammerschmid-Zöchbauer, Leiterin des Dienstleistungsreferats im Polizeikommissariat für den 2. und 20. Bezirk, schon jahrelang Übung. Seit 2012 kann man in Wien online Verlustanzeigen erstatten – eine Möglichkeit, von der auch im 2. und 20. Bezirk Gebrauch gemacht wurde und wird. Dass es diese Option auch für Diebstahlsanzeigen gibt, war jedoch kaum jemandem bekannt, daher wurde sie auch nicht in Anspruch genommen

Das änderte sich, als die Polizei im November 2020 auf *Facebook* „Werbung“ für Online-Diebstahlsanzeigen machte. Bald trafen bei Hammerschmid-Zöchbauer und ihrer Kollegin, die gemeinsam für die Bearbeitung zuständig sind, die ersten Anzeigen ein. Bereits im Dezember waren es 25, also rund 15 Prozent aller Diebstahlsanzeigen. „In Zeiten von Corona möchte man nicht in die Polizeiinspektion gehen“, nennt Hammerschmid-Zöchbauer den von ihr vermuteten Grund für die steigende Attraktivität online auszufüllender Formulare. Eine gewisse Internet-Affinität der Parteien, die die

ses Angebot nutzen, dürfte auch eine Rolle spielen, da es sich meist um Jüngere handelt. Oft sind es Studenten, denen ein Roller, ein Fahrrad oder ein Lastenfahrrad gestohlen worden ist. Auch am Gang abgestellte Kinderwagen zählen häufig zu den Beutestücken der unbekanntenen Täter, denen unversperrte Haustüren ihr „Handwerk“ erleichtern. Die Zahl der Taschendiebstahle, die normalerweise für einen Gutteil der Diebstahlsanzeigen sorgen, ist seit Beginn der Pandemie zurückgegangen, Fahrraddiebstahle nicht, selbst im – eher trockenen – vergangenen Winter.





Manuela Hammerschmid-Zöchbauer: „Dadurch, dass wir in der Verwaltung die Bearbeitung der Anzeigen übernehmen, werden die Kolleginnen und Kollegen in den PIs entlastet.“

Voraussetzungen. Die Voraussetzungen für die in Wien bereits vor 2021 bestehende Möglichkeit einer Online-Diebstahlsanzeige sind mit jenen für die österreichweite, erst seit Jahresbeginn geltende Variante vergleichbar. Der Anzeigende benötigt eine Handy-Signatur oder eine Bürgerkarte und einen aufrecht gemeldeten Wohnsitz in Österreich. Der Tatort muss in Wien liegen. Dass man online nur gegen eine unbekannte Person Anzeige erstatten kann, wissen laut Hammerschmid-Zöchbauer viele nicht: „Sie schreiben einen Tatverdacht hinein, zum Beispiel: 'Es könnte der Nachbar gewesen sein.' In so einem Fall wird die Anzeige an die Polizeiinspektion weitergeben, in deren Zuständigkeit der Tatort fällt.“

Auch wenn ein sofortiges polizeiliches Einschreiten erforderlich ist und

die Polizei Spuren sichern muss, schließt das eine Online-Diebstahlsanzeige aus. Ein „Klassiker“ ist ein Autoeinbruch mit eingeschlagener Scheibe und fehlendem Laptop. Wohnungs-

einbrüche werden von den Opfern auch oft fälschlicherweise als Diebstähle eingestuft, wie Hammerschmid-Zöchbauer bei der Bearbeitung der Online-Anzeigen festgestellt hat.

Verwunderlich ist auch, dass sich manche Diebstahlsopfer mit dem Erstellen einer Anzeige Zeit lassen. Selbst wenn es Spuren gegeben hat, kann man diese dann nicht mehr sichern.

Die Anzeige landet nach der Be-

stätigung auf der Website durch die Partei in den PAD-Inboxen der tatortzuständigen Stadtpolizeikommanden. Dann beginnt für Hammerschmid-Zöchbauer die Arbeit: „Ich überprüfe

Auto- und Wohnungseinbrüche werden von den Opfern oft fälschlicherweise als Diebstähle eingestuft

die Anzeigen und schaue, ob noch Fragen zu klären sind. In 99 Prozent der Fälle fehlen Angaben, bei einem Fahrraddiebstahl etwa, ob das Rad versperret oder mit einem Schloss angekettet war – oder ob der Platz videoüberwacht ist, an dem das Rad abgestellt war.“ Die Leiterin des Dienstleistungsreferats informiert den Antragsteller, welche Angaben er noch nachreichen muss, damit die Anzeige bearbeitet werden kann.

Arbeitsverteilung. In Summe, sagt Hammerschmid-Zöchbauer, sei der Arbeitsaufwand für eine Online-Diebstahlsanzeige nicht geringer, als wenn die Partei in einer Polizeiinspektion (PI) Anzeige erstatten würde – nur anders verteilt: „Dadurch, dass wir in der Verwaltung die Bearbeitung der Anzeigen übernehmen, werden die Kolleginnen und Kollegen in den PIs entlastet.“ Am Wochenende arbeitet der Zentraljournaldienst die Anzeigen ab. Während der Lockdowns wurde die Bearbeitung der Anzeigen im Home-Office erledigt.

Die Partei kann im Online-Formular auswählen, ob sie die Anzeigebestätigung persönlich abholen oder diese per E-Mail bzw. Post zugeschickt bekommen möchte. „Wenn jemand die Anzeigenbestätigung per E-Mail haben will, maile ich sie mit Amtssignatur versehen, wenn nicht, rufe ich ihn an, ob er sich die Bestätigung abholen will oder ich sie per Post schicken soll“, erklärt Hammerschmid-Zöchbauer. „Die meisten bevorzugen eine E-Mail; wegen Corona ist ein persönlicher Kontakt jetzt weniger gefragt.“ Eine Anzeigebestätigung über den Diebstahl eines Führerscheins oder Zulassungsscheins, die auch als Ersatzdokument verwendet werden kann, muss man immer selbst abholen.

Persönliche Anwesenheit ist ebenso gefordert, wenn im Zuge polizeilicher Ermittlungen weitere Erhebungen erforderlich sind. Dann muss die anzeigende Partei in jene Polizeidienststelle kommen, in der der Fall bearbeitet wird. Das gilt auch bei dem Verdacht, dass jemand ungerechtfertigt beschuldigt oder eine Straftat vorgetäuscht worden ist.

Kuriose Schilderungen des Tathergangs sind auch Hammerschmid-Zöchbauer beim Bearbeiten von Diebstahlsanzeigen schon untergekommen: „Da denkt man sich, es könnte sich tatsächlich um den Versuch eines Versicherungsbetrugs handeln – oder der Bestohlene hat einfach sehr viel Pech gehabt.“

Rosemarie Pexa

Wir sind da, wenn man uns braucht

Pandemie, Terror, Stress und herausfordernde Dienste. Die Mitarbeiterbetreuung der LPD-Wien berät, unterstützt und hilft, wenn der Druck für Kolleginnen und Kollegen einmal zu groß werden sollte.

Ohne Zweifel ist der Polizeiberuf spannend, abwechslungsreich und vielseitig. Die Polizeiarbeit ist genauso ein anspruchsvoller Beruf, der hohe Anforderungen an den Körper und die Psyche stellt. Polizistinnen und Polizisten sind für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit, für die Abwehr von Gefahren und zur Bekämpfung der Kriminalität zuständig. In solchen Situationen werden die Beamtinnen und Beamten nicht selten mit Umständen und Schicksalen konfrontiert, die schwierig sind und an die „Nieren“ gehen können. Die Polizei wird üblicherweise dann zu Hilfe gerufen, wenn die Betroffenen Hilfe brauchen – umso weniger begeistert sind viele Bürgerinnen und Bürger, wenn die Polizei von sich aus tätig wird, beispielsweise bei Verwaltungsübertretungen. Provokationen, Beleidigungen, Anfeindungen bis hin zu Pöbeleien sind auch Bestandteil des Polizeialltags.

„Wir erleben seit März 2020 einen Ausnahmezustand“, erläutert Oberrä-



Angelika Schäffer: „Wir erleben seit März 2020 einen Ausnahmezustand.“

tin Dr. Angelika Schäffer. Die *Klinische-, Gesundheits- und Notfallpsychologin* leitet das Referat für Mitarbeiterbetreuung in der Landespolizeidirektion Wien. „Freunde zu treffen, in den Urlaub zu fahren, dem Freizeitvergnügen am Sportplatz nachzugehen oder den Abend im Theater ausklingen zu lassen, sind menschliche Bedürfnisse, die schon über einen langen Zeitraum

hinweg nicht oder nur eingeschränkt möglich sind“, sagt Schäffer. „Dabei sind gerade soziale Kontakte ein wichtiger Ausgleich zum fordernden Polizeidienst.“ Der Terroranschlag vom zweiten November und die laufenden Demos mit zunehmend gewaltbereiten Demonstranten hätten den polizeilichen Alltag zusätzlich erschwert.

Konfliktsituationen im Beruf sind



Die speziell geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitarbeiterbetreuung bieten professionelle Unterstützung für Krisen aller Art – anonym, diskret und abseits vom beruflichen Polizei-Setting.

ein nicht zu unterschätzender Stressfaktor. „Der Berufsalltag der Exekutive beinhaltet oft Konfliktsituationen“, erklärt Schäffer. „Die Interaktion mit Personen, die Außenstehende sind und nicht der Polizei angehören, sind dabei ein wesentliches Merkmal der Polizeiarbeit. Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung bringt, verglichen mit anderen Berufen, häufig auch schwierige Situationen mit sich – man denke an die vielen in Wien stattfindenden Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung.“ Der Frust vieler Menschen entlade sich immer öfter bei derartigen Kundgebungen. Wut, Aggressionen und Gewalt richten sich immer wieder auch gegen die im Einsatz befindlichen Polizistinnen und Polizisten.

Wohlbefinden und Gesundheit.

Das Wohlbefinden der Polizistinnen und Polizisten hängt wie bei allen anderen Berufsgruppen mit einer Vielzahl von Faktoren zusammen. Dazu zählen die Qualität des sozialen Lebens, die eigene Befindlichkeit und

Gesundheit oder der Erfolg des Lebensvollzugs.

Je länger die Corona-Pandemie andauert, desto mehr rücken die psychischen Belastungen in den Vordergrund. „Soziale Isolation, eine ungewisse Zukunft, die Angst um die eigene Gesundheit und die von Familienangehörigen und Freunden können die psychische Gesundheit der Beamtinnen und Beamten beeinträchtigen. „Aufgabe des Dienstgebers ist es, auf

Aufgabe des Dienstgebers ist es, auf Belastungen zu reagieren, Alarmsignale zu erkennen und Hilfe jederzeit und unkompliziert anzubieten

derartige Belastungen zu reagieren, Alarmsignale zu erkennen und Hilfe für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jederzeit und unkompliziert anzubieten“, erläutert Angelika Schäffer.

Fremdhilfe als Teil der Selbsthilfe.

Aus diesem Grund wurde das Referat Mitarbeiterbetreuung (Referat A1.4) eingerichtet. Ein derartiges Angebot gibt es derzeit nur innerhalb der Landespolizeidirektion Wien und es soll ei-

ne sinnvolle Ergänzung zum Angebot des psychologischen Dienstes im Innenministerium darstellen. Der Startschuss für den Echtbetrieb fiel im November 2018. „Die Mitarbeiterbetreuung bietet professionelle Unterstützung für Krisen aller Art – anonym, diskret und abseits vom beruflichen Polizei-Setting. Mit Beratungsgesprächen versuchen wir bei Schwierigkeiten im Job wie auch im Privatleben, zielgerichtet Unterstützung anzubie-

ten“, erläutert Schäffer.

Die speziell geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats unterstützen, beraten und helfen bei zwischenmenschlichen Problemen, bei dienstlicher Demotivation oder Erschöpfung, in Mobbing-Fällen oder beim Wiedereinstieg in den Job nach längeren Krankenständen oder Karenzurlauben. „Kolleginnen und Kollegen können sich vertrauensvoll an uns wenden – bei privaten Herausforde-

rungen wie Trauerfällen oder Trennungen, aber auch wenn der Wunsch besteht, sich persönlich oder beruflich weiterzuentwickeln“, sagt Angelika Schäffer. „Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz hängt sehr stark mit Gesundheit und Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen. Darüber hinaus sind wir auch Ansprechpartner für Fragen, die theologische Aspekte beinhalten.“



Angelika Schäffer: „Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz hängt sehr stark mit Gesundheit und Wohlbefinden zusammen.“

Als der Terror Wien erschütterte.

Der Einsatz im Zusammenhang mit dem Terroranschlag vom 2. November 2020 hat nicht nur in der Zivilbevölkerung Spuren hinterlassen. Selbst erfahrende und routinierte Polizistinnen und Polizisten können in derartigen Situationen an ihre Grenzen stoßen. Erlebnisse und Bilder im Zusammenhang mit dem Anschlag haben tiefe Einschnitte hinterlassen. Bisherige Bewältigungsstrategien, um schwierige Einsätze zu verarbeiten, können plötzlich nicht mehr ausreichen. Erfahrungsgemäß reagieren Menschen unterschiedlich auf Erlebtes – manche sind nachhaltig belastet, andere gar nicht, bei einigen zeigen sich Reaktionen unter Umständen erst nach einer gewissen Zeit, etwa in Form von beunruhigenden, negativen Gedanken oder vermehrt auftretenden Ängsten und Sorgen, die vor dem Einsatz nicht vorhanden waren. Auch das Wiedererleben von Bildern des Einsatzes oder ein generell erhöhtes Stressempfinden können als Folgen auftreten. „Es gibt Belastungsreaktionen, die nicht zwingend unmittelbar nach dem Erlebten auftreten“, erklärt Schäffer. „Beispielsweise Schlafprobleme, Vermeidungsverhalten, Konzentrationsschwierigkeiten, die vorher nicht vorhanden waren, erhöhte Schreckhaftigkeit oder unübliche Unruhe.“

Bei der Nachbetreuung der am Einsatz beteiligten Beamtinnen und Be-

amten hat die Mitarbeiterbetreuung der LPD Wien eng mit dem psychologischen Dienst im Innenministerium und dem Peer-Support zusammengearbeitet. Auf der BMI-Intranet-Seite wurde ein Newsticker eingerichtet und am Sharepoint eine Information veröffentlicht.

„Wir haben uns stundenlang Funkprotokolle angehört, auf verschiedenen Funkkanälen“, berichtet Schäffer. „So haben wir über die Rufnahmen am Funk herausfiltern können, welche Kolleginnen und Kollegen unmittelbar am Einsatz beteiligt und mit den schrecklichen Bildern konfrontiert waren. Wir haben die Betroffenen gezielt angesprochen und unsere Hilfe angeboten.“

Sobald Belastungsreaktionen auftreten, die den Alltag beeinträchtigen, sollte man etwas dagegen unternehmen und die Warnsignale des Körpers keinesfalls ignorieren. „Die Gespräche mit geschulten Peers, Psychologinnen und Psychologen oder anderen psychosozialen Fachkräften können helfen, Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu verleihen, sie zu sortieren und andere Perspektiven zu erlangen sowie Ressourcen zu erkennen und zu stärken. Im Bedarfsfall können auch weitere Unterstützungsmöglichkeiten ausgelöst werden.“

Ein Team – mehrere Disziplinen.

„Unsere Teammitglieder verfügen über fundierte Kenntnisse in der Polizeiar-

beit, der Seelsorge, der Psychologie und Psychotherapie sowie der Lebens- und Sozialberatung“, beschreibt Schäffer die interdisziplinäre Arbeitsweise ihres Referates.

Die Mitarbeiterbetreuung ist Ansprechstelle für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Exekutiv- und des Verwaltungsdienstes. Wer Kontakt aufnehmen möchte, kann dies an Werktagen telefonisch tun oder

jederzeit per E-Mail. Die Einhaltung des Dienstweges ist nicht erforderlich. „Beratungen können einzeln oder in Gruppen stattfinden“, erklärt Angelika Schäffer. „Bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Krankheitssymptomen, beispielsweise bei Depressionen, Ängsten, Zwängen oder bei Suchterkrankungen helfen wir dabei, geeignete externe Betreuungseinrichtungen zu finden, beispielsweise Psychotherapeuten. Wer sich an eine Betreuerin oder an einen Betreuer wendet, kann seine Anliegen anonym und vertraulich mitteilen, ausgenommen es handelt sich um konkrete berufliche Veränderungswünsche, wo durch die Betroffenen eine Erhebung der Verschwiegenheit vorgenommen wird oder Gespräche, die im Auftrag der Personalabteilung geführt werden – zum Beispiel bei längeren Krankenständen oder Pensionierungsverfahren.“

Zahlen und Fakten. 2020 wurden 259 Einzelberatungen sowie 20 Gruppenberatungen mit insgesamt 107 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von der Mitarbeiterbetreuung durchgeführt. Insgesamt waren das 873 Beratungsstunden in diesem Zeitraum.

Die Beratungsstellen befinden sich in der Simmeringer Hauptstraße 164 und in der Ausstellungsstraße 44. Es stehen spezielle Räume zur Verfügung, wo Gespräche in einer neutralen und angenehmen Atmosphäre geführt werden können. *Gernot Burkert*

App statt Block und Bleistift

Für die mobile Polizeikommunikation stehen bereits zahlreiche Applikationen zur Verfügung, weitere werden folgen. Die Smartphones werden für Polizistinnen und Polizisten zum zentralen Einsatzmittel.

Schnell, einfach und sicher sollen von Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützte polizeiliche Arbeitsabläufe sein. Wie sich dieses Ziel durch Tools der mobilen Polizeikommunikation (MPK) verwirklichen lässt, ermittelte man 2017 in einem Pilotprojekt. 150 Bedienstete aus verschiedenen Organisationseinheiten hatten Smartphones erhalten, zusätzlich kamen *i-Pads* zum Einsatz. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer testeten die Praxistauglichkeit der Endgeräte und der vorinstallierten Apps, darüber hinaus wurde der Bedarf an zusätzlicher Anwendersoftware für den Außendienst erhoben.

*Von der Verwendung privater Geräte wird abgeraten,
da die Daten vor Zugriffen durch Unbefugte nicht geschützt sind*

Die auf den Geräten vorinstallierten Applikationen waren speziell für die Bedürfnisse der Exekutive entwickelt worden. Mit der App „MPK Abfragen“ kann man unter anderem Daten aus dem *Zentralen Melderegis-*

ter, der Personeninformation und der Personenfahndung abfragen. Die Ergebnisse werden über die App „MPK Ablage“ in das BAKS übermittelt. Die App „MPK-Messenger“ dient als polizeiinterner Messenger-Dienst zum Versenden von Dateien und Fotos sowie zur Kommunikation innerhalb polizeiinterner Chatgruppen.

„Bei der Umsetzung des Projekts sind vor allem Aspekte im Vordergrund gestanden, wie moderne und zeitgemäße Ausstattung, Datensicherheit, Erhöhung der Handlungssicherheit sowie der Eigensicherung der Bediensteten“, erklärt Oberst Peter Scheibenreif, BA vom Referat II/14/a *Polizeiliche Datenanwendungen* in der

Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit des Innenministeriums. Nachdem sich das Konzept der mobilen Polizeikommunikation mit den verwendeten Endgeräten und Anwendungen bewährt hatte, rüstete man alle Po-

lizistinnen und Polizisten österreichweit mit insgesamt 29.000 *i-Phones* und 3.200 Tablets aus.

Priorität Datensicherheit. Damit die hohen Sicherheitsstandards des Innenministeriums eingehalten werden können, steuert das „Mobile Device-Management“ (MDM) Berechtigungen, Benutzerprofile, Geräte- und App-Verwaltung zentral. Die Administration der BMI-internen Applikationen erfolgt über die Zentralstelle und die Landespolizeidirektionen.

Da Datensicherheit höchste Priorität hat, kommen für die Übertragung der Daten zwischen den mobilen Endgeräten und den BMI-Servern moderne Verschlüsselungsverfahren zum Einsatz. Alle mit dienstlichen Apps erzeugten Daten, etwa Fotos oder Notizen, werden auf Servern im BMI abgelegt und stehen zur weiteren Nutzung auch auf den Computern in den Dienststellen zur Verfügung.

Die Schutzmechanismen gelten für sämtliche Applikationen, die bei der Ausgabe der mobilen Endgeräte be-

reits vorinstalliert waren oder aus dem BMI-internen App-Store „Catalog“ heruntergeladen werden, ebenso für Einstellungen wie die Bildschirmsperrezeit oder den verpflichtenden Code zur Entsperrung des Geräts. Apps und Inhalte, die der Benutzer über die private Apple-ID aus dem *App-Store* heruntergeladen hat, werden davon nicht erfasst. Von der Verwendung privater Geräte für dienstliche Zwecke rät das BMI dringend ab, da die Daten vor Zugriffen durch Unbefugte nicht ausreichend geschützt sind.

Bei Diebstahl oder Verlust des dienstlichen Handys besteht die Möglichkeit, dieses zu lokalisieren. Für derartige Fälle wurde ein Prozess vordefiniert, der durch die Meldung des Benutzers initiiert und von ausgewählten Administratoren durchgeführt wird. Das entsprechende Gerät ist ab diesem Zeitpunkt gesperrt und kann nicht mehr genutzt werden.

Eine laufende Ortung verwendeter Endgeräte ist jedoch nicht vorgesehen, wie Scheibenreif betont: „Das Mobile Device-Management schützt die Bediensteten und kann sie nicht kontrollieren oder überwachen.“

Neue Apps. Zu den zu Projektbeginn installierten Anwendungen sind weitere dazugekommen, die verschiedene berufliche Anforderungen abdecken. Derzeit stehen zehn Apps im „Catalog“ zum Herunterladen zur Verfügung, einige davon stammen von Drittanbietern. Beispiele dafür sind die App „Content“, die dem Benutzer den Zugriff auf seinen persönlichen BAKS-File-Ordner im BMI-eigenen EDV-System ermöglicht, sowie die App „Web“ für den Einstieg ins Intranet des BMI. Im Kontakt mit Personen, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, erweist sich die App „Übersetzer“ als hilfreich.

Speziell für die Exekutive entwickelt wurde die App „MPK Foto“. „Vielfach entstand diesbezüglich Unverständnis, weil auf jedem Apple-Gerät ohnehin eine Kamera-App zur



Peter Scheibenreif: „Im Vordergrund sind Aspekte gestanden, wie moderne und zeitgemäße Ausstattung, Datensicherheit, Erhöhung der Handlungssicherheit sowie der Eigensicherung der Bediensteten.“



Die *i-Phones* sollen nach 36 Monaten ausgetauscht werden.

Verfügung steht. Die Notwendigkeit einer eigenen Applikation ergab sich allerdings aufgrund der Datenhoheit, die bei dienstlicher Nutzung auch in diesem Fall ausschließlich beim BMI liegen darf“, erklärt Scheibenreif.

Die auf *i-Phones* und *i-Pads* vorinstallierte Foto-App speichert die aufgenommenen Fotos und Videos in der Galerie des *Apple*-Betriebssystems. Diese liegt jedoch nicht im geschützten Bereich des MDMs. Im Unterschied dazu wurde „MPK Foto“ so konzipiert, dass sich der Speicherort in diesem speziell gesicherten Bereich befindet. Mit der Upload-Funktion von „MPK Ablage“ können die Aufnahmen in das BAKS-System übertragen und zum Beispiel als Lichtbildbeilage für die Protokollierung im PAD herangezogen werden.

Um auch von unterwegs einen Zugriff auf wichtige Informationen zu haben, gibt es App-Links beispielsweise zum „Dolmetsch-Register“ oder zum „Argus-Urkunden-Informationssystem“. Anlässlich der Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus ist der Link zu „Corona-Info mobil“ dazugekommen.

Hohe Anforderungen. Welche Apps und Links die mobile Polizeikommunikation in Zukunft ergänzen werden, hängt von mehreren Faktoren ab. „Die Liste an gestellten Anforderungen ist lang, weshalb die Priorisierung durch das MPK-Gremium eine essenzielle Aufgabe ist“, sagt Scheibenreif. „Es gibt unzählige sinnvolle Anwendungen,

Eine laufende Ortung ist nicht vorgesehen; das „Mobile Device-Management“ schützt die Bediensteten und kann sie nicht kontrollieren oder überwachen

gen, die den dienstlichen Alltag vereinfachen, aber nicht jede davon macht auch in der mobilen Welt Sinn. Für weitere Umsetzungen sind daher Parameter definiert und den Entscheidungsträgern vorgelegt worden.“ Zu diesen Parametern zählen etwa die Anzahl der User, das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Dauer der Entwicklung

einer Anwendung.

Ein wesentliches Kriterium ist die Benutzerfreundlichkeit. Von Beginn an wurde darauf geachtet, die Handhabung so einfach und intuitiv wie möglich zu gestalten. Trotzdem kommt es vor, dass sich in der Praxis Fragen ergeben – insbesondere, wenn jemand davor nur wenige Erfahrungen im Umgang mit mobilen Endgeräten gesammelt hat. Auf Frontalschulungen wird bewusst verzichtet, dafür gibt es begleitend zu den jeweiligen Einführungserlässen als Beilage Beschreibungen und Anleitungen mit Screenshots. Am SIAK-Campus werden Schulungsvideos zu den einzelnen Anwendungen angeboten. Nach Neuerungen passt man alle Materialien an die aktuelle Version an. In Wien wurde darüber hinaus eine MPK-Hotline eingerichtet, an die man sich Montag bis Freitag von 7 bis 18 Uhr wenden kann.

Die Polizistinnen und Polizisten, die die mobilen Geräte im Außendienst einsetzen, können am besten beurteilen, wie gut sich eine App in der täglichen Arbeit bewährt und wo Verbesserungsbedarf besteht. Scheibenreif weist

auf die Wichtigkeit einer Feedback-Schleife für die Reflexion und für weitere Planungen hin: „In vielen Bereichen zeigt sich, wie herausfordernd die Kommunikation und der Informationsfluss zwischen Projektleitung und Usern sein kann“, sagt Scheibenreif. „Die mobile Welt bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten, hat umgekehrt je-

doch den Nachteil der Schnellebigkeit, die ein dynamisches und zeitnahes Handeln für eine erfolgreiche Abwicklung erfordert. Eine Feedback-Möglichkeit durch anonymisierte Online-Fragebögen ist noch für dieses Jahr vorgesehen.“

Zukunft der MPK. Die Schnellebigkeit betrifft auch die Hardware im Bereich der mobilen Kommunikation, daher werden die für die MPK verwendeten Smartphones nach 36 Monaten ausgetauscht. Der im Herbst 2020 begonnene Ersatz durch ein neues *i-Phone*-Modell geht weiter, während die *i-Pads* im Einsatz bleiben.

Bei der Software gibt es noch heuer einige Neuerungen. Die App „MPK-Abfragen“ wird durch die Möglichkeit, digitale Führerscheine zu scannen, erweitert; die Telefonbuch-App soll vereinheitlicht werden. Außerdem ist eine eigene Navigations-App geplant. Im Zuge des Projekts „ELKOS – Einsatz-, Leit- und Kommunikations-System“ wird es ebenfalls mobile Applikationen geben, mit denen Einsatzdaten direkt an das Endgerät geschickt werden können. In Prüfung befindet sich die Verbindung der ELKOS-App mit dem „MPK Messenger“, die für die Bediensteten der Landesleitzentralen eine wesentliche Erleichterung in der Administration bringen würde.

Das Projekt der mobilen Fallbearbeitung „MFB“ sieht Scheibenreif als „absoluten Meilenstein“: „Mit der mobilen Fallbearbeitung beginnt die oft erforderliche elektronische Protokollierung bereits direkt am Einsatzort – App statt Block und Stift. Die mittels *i-Pad* oder *i-Phone* aufgenommenen Daten werden über eine Schnittstelle an das polizeiliche Protokollierungssystem *PAD* geschickt und stehen dann zur weiteren Verarbeitung zur Verfügung. Durch die Einmal-Dateneingabe können die administrativen Prozesse verkürzt und vereinfacht werden.“ Die österreichweite Einführung dieser App beginnt 2021. Bis Mitte 2022 soll sie abgeschlossen sein. *Rosemarie Pexa*

Hans Tüchler und seine „Partie“

Der Kriminalbeamte Hans Tüchler und seine Mitarbeiter im Wiener Sicherheitsbüro waren in der Zwischenkriegszeit außerordentlich erfolgreich bei der Bekämpfung von Einbruchsbänden.

Als die Mitglieder einer kriminellen Bande wieder einmal an ihrem konspirativen Treffpunkt, einer Wiese in der Nähe des Meidlinger Friedhofs, zusammenkamen, erlebten sie eine Überraschung. Aus mehreren Seiten stürmten Kriminalbeamte auf die Bande zu und nahmen nach einem Handgemenge alle Angetroffenen fest. Die Bande hatte sich auf Einbrüche spezialisiert. Den insgesamt 27 Bandenmitgliedern wurden 17 Kassen-, Geschäfts- und Kircheneinbrüche nachgewiesen.

Einige Monate später wurde in Wien eine weitere kriminelle Bande ausgehoben. Den 25 Beteiligten wurden zehn Kassen- und Geschäftseinbrüche zur Last gelegt. Eines der Bandenmitglieder, genannt der „stille Franz“, hatte sich auf den Nachbau von Schlüsseln für die sicheren tosischen Schlösser spezialisiert.

Vier Wochen darauf schnappte im Wiener Westbahnhof eine Falle zu. Ins Netz gingen acht Kriminelle, die nach zwei Einbrüchen in Bregenz mit dem



Johann Tüchler: Seine „Tüchler-Partie“ klärte zahllose Delikte auf.

Zug nach Wien zurückgefahren waren.

Diese drei Erfolge gegen die Bandenkriminalität innerhalb weniger Monate im Jahr 1932 in Wien gingen auf das Konto einer Spezialtruppe des Wiener Sicherheitsbüros, kommandiert vom Kriminalbezirksinspektor Johann

(„Hans“) Tüchler. Die erfolgreiche Truppe wurde nach ihrem Chef inoffiziell „Tüchler-Partie“ genannt.

Hans Tüchler, ein Bauernsohn aus Niederösterreich, trat 1910 in die Wiener Sicherheitswache ein. 1921 wurde er zum Kriminalbeamten ernannt. Er wurde einer der erfolgreichsten Kriminalbeamten, insbesondere bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität.

1929 klärten Hans Tüchler und seine Mitarbeiter in Wien 63 Einbrüche in Firmen und Wohnungen sowie 184 andere Eigentumsdelikte, darunter Dienst- und Fahrraddiebstähle, Betrugsdelikte und Urkundenfälschungen. Ein beträchtlicher Teil der Diebsbeute konnte sichergestellt und den Opfern ausgefolgt werden.

1930 klärte die „Tüchler-Partie“ 140 Einbrüche auf, sowie 40 Einschleichen diebstähle, 35 Ladendiebstähle bei Juwelieren, 14 Vorzimmerdiebstähle und 58 andere Straftaten. Insgesamt wurden 295 Verdächtige festgenommen.

1931 steigerte sich die Zahl der von



Tatortausbildung gegen Ende der 1920er-Jahre: Die Wiener Kriminalpolizei war tonangebend in der Kriminalistik.

Tüchlers Mitarbeitern festgenommenen Verdächtigen auf 301. 56 Einbrüche wurden geklärt, dazu kamen 27 Diebstähle aus Waggons und 1.000 Fälle von Unterstützungsbetrug. Im Jahr darauf waren Tüchler und seine Mitarbeiter noch erfolgreicher: 422 Verdächtige wurden festgenommen und 130 Einbrüche geklärt.

1933 wurde die Hälfte aller geklärten Kasseneinbrüche in Wien von ihm und seiner „Tüchler-Partie“ aufgeklärt.

Kriminalbezirksinspektor Hans Tüchler erhielt für seine Erfolge fast 150 Belobigungen und Anerkennungen. Er starb am 11. Jänner 1934 im 48. Lebensjahr an den Folgen einer schweren Erkrankung. In einem Nachruf wurde der verstorbene Kriminalist als „unerschrocken, mutig, dabei aber besonnen und geistesgegenwärtig“ bezeichnet.

„Hikel-“ und „Pfleger-Partie“. Im frühen 20. Jahrhundert gab es weitere

herausragende Einbruchsbekämpfungsgruppen im Wiener Sicherheitsbüro, darunter die „Hikel-Partie“ und die „Pfleger-Partie“.

Die Kriminalbeamten der Hikel-Partie, benannt nach dem Gruppenführer Emil Hikel, verhafteten immer wieder Mitglieder von gewaltbereiten Einbrecherbanden, darunter Kassenschränker. Die Kriminalbeamten der Pfleger-Partie, geführt von Oberinspektor Ludwig Pfleger, hoben große

Einbrecherbanden aus, darunter 1927 eine aus 20 Mitgliedern bestehende kriminelle Organisation, die unzählige Kassen-, Geschäfts- und Villeneinbrüche verübt hatte.

Weitere große Erfolge waren die Verhaftung von Komplizen des gefährlichen „Einbrecherkönigs“ Johann

Breitwieser und der Mitglieder der „Lichtentaler-Platte“, die unter anderem über das Kanalsystem in Geschäfte eingestiegen waren. *Werner Sabitzer*

Quellen/Literatur:

Bundesministerium für Inneres (Hg.): 100 Jahre Kriminalbeamtenkorps in Österreich. Wien, 1952.

Verband der Bundes-Kriminalbeamten Österreichs (Hg.): Der österreichische Bundes-Kriminalbeamte. Gedenk-

1933 wurde die Hälfte aller geklärten Kasseneinbrüche in Wien von der „Tüchler-Partie“ aufgeklärt

werk anlässlich des 80jährigen Bestandes des Kriminalbeamtenkorps Österreichs. Wien, 1933.

Zwei Tote. In: Öffentliche Sicherheit, Nr. 2/1934, S. 6.

Kriminalbeamten-Bezirksinspektor Tüchler gestorben. In: Illustrierte Kronen-Zeitung, 13. Jänner 1934, S. 10.

SACHBUCH

POLIZEI & PROTEST



Als Spiegel der Gesellschaft sieht Sabine Mecking die Polizei in

westlichen Demokratien. Sie ist Professorin für Landes- und Zeitgeschichte an der Philipps-Universität Marburg und Herausgeberin des Buchs „Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland“.

Im ersten Teil des Bandes werden der Wandel der Gesellschaft und die Stellung der Polizei in dieser Gesellschaft behandelt. Beispielsweise beschreibt Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar aus Hamburg die Proteste in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland. Frank Decker von der *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität* in Bonn beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem „Populismus als neuer Form des Protests“. Im zweiten Teil des Bandes werden polizeiethische Fragen behandelt. Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a. D., etwa sucht nach Erkenntnissen für die heutige Polizei aus 70 Jahren Umgang mit Protesten.

Sabine Mecking (Hrsg.): Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland – Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2021 www.springernature.com



Foto: Universität Luzern

Martin Hartmann: „Wie die Luft zum Atmen.“

FACHBUCH

DIE MACHT DES VERTRAUENS

„Ohne Vertrauen – da könnten wir einpacken“, sagte kürzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einer Pressekonzferenz über Corona-Schutzmaßnahmen. Für den Schweizer Philosophen Martin Hartmann von der Universität Luzern ist Vertrauen „wie die Luft zum Atmen“.

Nach Hartmann befinden wir uns in einer Vertrauenskrise. Auf allen Ebenen sinke das Vertrauen – sei es das Vertrauen in die Politik, die Polizei, das Gesundheitssystem oder die Feuerwehr. Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Gesundheits- und Weltwirtschaftskrise könnte die Vertrauenskrise noch verstärken. Laut einer Umfrage des oberösterreichischen *Market-Instituts* hat das Vertrauen in „Demokratie und politische Kultur“ in den vergangenen zwölf Monaten von über 60 auf unter 30 Prozent abgenommen. Auch die Polizei hat sechs Prozent ihres Vertrauenswerts eingebüßt.

Hartmann nimmt diese Krisenwahrnehmung als Ausgang für seine Überlegungen und versucht Antworten auf die Fragen zu finden: Was ist dran an der Krise? Ist sie so dramatisch, wie es scheint? Anschaulich und erhellend analysiert er, was Vertrauen ist, warum es so wichtig ist und ermutigt uns, dem Vertrauen „mehr Luft zum Atmen zu geben“.

Fake News, Politiker wie Donald Trump und übertreibende Boulevardmedien tragen nicht gerade bei zur Vertrauensbildung. Auf das Grundvertrauen der Menschen zielen nach Martin Hartmann auch Terroristen ab. Er geht von drei Arten des Grundvertrauens aus: dem Urvertrauen eines Kindes, dem kommunikativen Vertrauen in das, was einem Mitmenschen mitteilen, und dem Weltvertrauen. Hartmann versteht darunter ein über das Leben erworbenes Grundvertrauen in die Abläufe der Welt. Es kann durch ein abruptes Ereignis wie eine Gewalttat mit einem Schlag verloren gehen.

Martin Hartmann: „Vertrauen – die unsichtbare Macht“, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2020; www.fischerverlage.de

TRUE CRIME

EIN COLD CASE



Berlin-Kreuzberg, 13. Juni 1932: Der angesehene Arzt Dr. Erich

Mühe verschwindet über Nacht. Sein Sportwagen wird verlassen am Ufer eines Sees gefunden. Die Mordkommission ermittelt und stößt hinter der Fassade des ehrenwerten Arztes auf die Spuren eines kriminellen Doppellebens.

Der promovierte Zeithistoriker Oliver Hilmes, der als Kurator für die *Stiftung Berliner Philharmoniker* arbeitet, hat die Akten dieses aufsehenerregenden Kriminalfalls im Berliner Landesarchiv entdeckt. Auf packende Weise erzählt er von der Suche nach der Wahrheit und von den Abgründen der bürgerlichen Existenz eines Arztes am Vorabend der Diktatur.

Hilmes hat den Cold Case in eine spannende Geschichte verpackt. Er hat die Ermittlungen der Kriminalpolizei minutiös nachgezeichnet und den Bogen der Erzählung bis ins Jahr 1950 hinauf gespannt.

Oliver Hilmes: „Das Verschwinden des Dr. Mühe. Eine Kriminalgeschichte aus dem Berlin der 30er-Jahre“, Penguin Verlag, München, 2020, www.penguin-verlag.de

STILBLÜTEN

„Das Tier stehe noch sichtlich unter dem Eindruck des Erlebten, teilte die Polizei mit. Zum Täter macht der Hund bislang keine Angaben.“

Die Welt

„Im Dezember 2014 wurde ein Innsbrucker von seinen Freunden bei einer Party so ‚zugerichtet‘, dass er starb. Am Donnerstag wurde er von den Geschworenen einstimmig zu lebenslanger Haft verurteilt.“

Neue Kronen Zeitung

„Eheschließungen nur noch mit vier Personen“

WAZ

„Polizei nimmt Kleindealer in den Lockdown“

Stuttgarter Zeitung

„Eine Polizeibeamtin brachte sich durch einen Seitensprung in Sicherheit“

Radio Bonn/Rhein-Sieg-Website

„Beim letzten Anruf soll der Gestorbene so gewirkt haben, als sei er genervt, und habe aufgelegt.“

Kurier

SCHLUSSLICHT



Kanalbrigade der Wiener Polizei: 1934 gegründet.

DIE KANALBRIGADE DER WIENER POLIZEI

Im Februar 1934 wurde bei der Wiener Polizei eine Kanalbrigade aufgestellt. Ziel war die Bekämpfung von Aufständischen sowie Einbrechern, die über das ausgedehnte Kanalnetz zum Tatort gelangten. Die Polizisten wurden auch zur unterirdischen Sicherung wichtiger Gebäude herangezogen. Die Truppe bestand aus 30 Polizisten. Es gab tägliche, oft stundenlange Streifen in den Hauptkanälen und engen Schließschächten. In den Kanälen lag oft kniehoch Müll und es stank furchtbar. Jeweils vier Polizisten durchstreiften die Kanäle, ein fünfter Beamter, der Obermann, wartete an der Einsteigstelle. 1936 versahen bereits 145 Polizisten Dienst in der Kanalbrigade. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 in Österreich wurde die Kanalbrigade in die Schutzpolizei eingegliedert und als „Kanalüberwachungsdienst“ weitergeführt. 1945 wurde mit der Wiedererrichtung der Wiener Sicherheitswache auch die Kanalbrigade wieder aufgestellt. 1946 bestand die Truppe aus 30 Polizisten. 1968 wurde die Kanalbrigade in die Alarmabteilung eingegliedert und einige Jahrzehnte später als eigenständige Einheit aufgelöst.

ZITATE

„Korruption ist die Autobahn neben dem Dienstweg.“

*Helmar Nahr,
Wirtschaftswissenschaftler*

„Zeig mir, was du schreibst, und ich sage dir, wer du bist!“

*Sprachprofiler
Patrick Rottler*

„Es ist überhaupt keine Frage, dass es auch schon vor mir gescheite Leute gegeben hat.“

Günther Bögl, Polizeipräsident von 1988 bis 1995

„Das Thema Spionage wird in Österreich als touristischer Vorteilsfaktor angesehen.“

*Timo Kob, Professor für
Wirtschaftsschutz und Cybersecurity, FH Campus Wien*

„Muss der Sicherheitswachmann eine Arretierung daselbst vornehmen oder Hilfe leisten, so behält er die Mütze oder den Helm auf dem Kopfe, weil er eben die Hände freihaben muss.“

*Tagesbefehl der
k. k. Sicherheitswache in
Wien vom 21. Juni 1869*

IMPRESSUM Herausgeber: Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertr. d. Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Gerald Baran, BA, Rudolf Haas, BA, Gerhard Haimeder, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Harald Trottmann, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, polizei.redaktion@aon.at. **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa, Anna Strohdorfer, MA. **Weitere Autoren:** Gernot Burkert, Uwe Eglau, Dr. Rudolf Prokschi, Dr. Angelika Schäffer, Clarissa Valda; **Bilder:** Thomas Cerny, Bernhard Elbe, Dietmar Gerhartl-Sinzinger, Prof. Ferdinand Germadnik, Werner Sabitzer, MSc, Karl Schober, Sebastian Weissinger. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH, Wiener Straße 20, 2104 Spillern, Tel. (02246) 4634, Fax (02246) 4634-690, E-Mail: prepress@bzoch-medien.at. **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Spillern. **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.